


<http://www.laender-analysen.de/russland/>

STAAT UND UNTERNEHMER

■ ANALYSE	
Die andere Seite des Wirtschaftsklimas in Russland	2
Andrei Yakovlev, Anton Kasun, Anton Sobolew, Moskau	
■ UMFRAGE	
Erwartungen für das Jahr 2014 und politische Stimmungen in Russland	7
■ RANKING	
Prominenz und politische Elite	13
■ NOTIZEN AUS MOSKAU	
Putin und der Obskurantismus – Russlands neues Sendungsbewusstsein	17
Jens Siegert, Moskau	
■ AUS RUSSISCHEN BLOGS	
Euromaidan	19
■ CHRONIK	
15. – 30. Januar 2014	21

Die andere Seite des Wirtschaftsklimas in Russland

Andrei Yakovlev, Anton Kasun, Anton Sobolew, Moskau

Zusammenfassung

Putin hat 2012 die Aufgabe gestellt, das Geschäftsklima zu verbessern. Gewiss wirken sich der Grad der steuerlichen Belastung und die bürokratischen Verfahren zur Registrierung von Unternehmen u. a. auf die unternehmerische Tätigkeit aus. Eine andere, schwer zu messende Komponente des Investitionsklimas stellen allerdings die Garantien für Eigentumsrechte und persönliche Sicherheit von Unternehmern dar. Hier gibt es erhebliche Probleme, aber auch erste Ansätze zum Wandel, etwa das Projekt einer Amnestie für Unternehmer. Doch wirkliche Garantien für einen Schutz der Eigentumsrechte wird es ohne ernsthafte institutionelle Reformen nicht geben.

Anders als viele Experten sind wir nicht der Ansicht, dass die Antwort auf diese Frage in dem berühmten »politischen Willen« liegt. Sehr viel wichtiger ist nämlich das Verständnis, dass das in den 2000er Jahren entstandene und auf Rohstoffrenten basierende wirtschaftliche Entwicklungsmodell sich erschöpft und gleichzeitig die »herrschende Koalition« zur Aufrechterhaltung der sozialen und politischen Stabilität ein nachhaltendes wirtschaftliches Wachstum dramatisch nötig hat. Wirtschaftliches Wachstum aber kann heute nur auf der Grundlage privater Investitionen wiedererlangt werden.

Doing Business

Das ausgehende Jahr 2013 wurde durch zwei Ereignisse bestimmt, die mit den Arbeitsbedingungen für Unternehmen in Russland zusammenhängen. Am 16. und 17. Dezember fand in Moskau die Konferenz »100 Schritte zu einem günstigen Investitionsklima. Erfolge und neue Herausforderungen« statt, die von der »Agentur für strategische Initiativen« (ASI) und der Zeitung »Wedomosti« veranstaltet wurde. Der Ton der Beiträge dort war insgesamt folgender: Bei der Verbesserung des Geschäftsklimas, die Putin im Februar 2012 als Aufgabe gestellt hat, liegt die Unternehmerschaft zusammen mit fortschrittlich eingestellten Technokraten in der Regierung trotz der vielen Probleme mehr als im Zeitplan. Veranschaulicht wird diese Aussage durch den Aufstieg Russlands auf der *Doing Business*-Rangtabelle vom 120. auf den 92. Platz (<http://russian.doingbusiness.org/>). Dann wurde am 20. Dezember der ehemalige Eigner des JUKOS-Konzerns Michail Chodorkowskij auf Grund eines Erlasses von Präsident Putin zielstrebig aus der Strafvollzugskolonie entlassen. Kombination und »Format« dieser beiden Ereignisse verdeutlichen recht anschaulich zwei Seiten des Wirtschaftsklimas in Russland.

Es ist offensichtlich, dass das Niveau der steuerlichen Belastung und die einfachen administrativen Verfahren zur Registrierung von Unternehmen, zum Anschluss an das Stromnetz oder zum Erhalt von Genehmigungen sich auf die Kosten unternehmerischer Tätigkeit auswirken. Eine andere, schwer zu messende Komponente des Investitionsklimas stellen allerdings die Garantien für Eigentumsrechte und persönliche Sicherheit von Unternehmern dar. In diesem Aspekt hat der Fall JUKOS, der nun vor unseren

Augen seinen Abschluss findet, als Präzedenzfall Zeichen gesetzt.

Das Verfahren gegen JUKOS war zweifellos politisch motiviert. Es sollte deutlich machen, dass sich die Balance der Kräfte in der »herrschenden Koalition« verschoben haben: Die Großunternehmen waren gegenüber der föderalen Bürokratie-Elite zum »Junior-Partner« geworden. Für die Vertreter der mittleren und niederen Ränge der Vertikale der Macht hingegen war die offen selektive Anwendung des Rechts gegen Eigner und Manager des größten Unternehmens Russlands ein machtvoll informelles Signal, dass sich die Haltung gegenüber Unternehmern insgesamt geändert hat. Viele Experten sind wohlbegründet der Ansicht, dass der Fall JUKOS jener massenhaft vollzogenen Praxis die Tür öffnete, bei der unter Beteiligung von Vertretern der Sicherheitsbehörden und der Justiz »raid-artige feindlichen Übernahmen« von Unternehmen vollzogen werden.

Bildhaft gesprochen wollte in den Jahren 2003 und 2004 – mit Blick auf die Ereignisse ganz oben – jeder Major oder Oberst der Miliz, der etwas auf sich hielt, »sein kleines JUKOS« bekommen. Von den praktischen Folgen dieser Wende haben die Medien in den vergangenen Jahren mehrfach berichtet – vom »Fall Jewroset-Motorola« (<http://www.kommersant.ru/doc/662801>) und dem »Fall der Chemiker« (<http://www.forbes.ru/forbes/issue/2008-03/11899-biznes-pod-pressure>) in der Vorkrisenzeit bis jüngst zum »Mohn-Fall« (<http://www.newsru.com/russia/27sep2012/shilov.html>).

Hat sich nun irgendetwas an dieser dunklen Komponente des Wirtschaftsklimas in Russland geändert? Und: Kann die Freilassung Chodorkowskij in Kombination mit den Aktivitäten der ASI diesen Prozess beeinflussen?

Kämpfe mit wechselhaften Erfolgen

Es ist zu anzuerkennen, dass im Unterschied zur *Doing Business*-Rangliste die Fortschritte an dieser Front bescheiden bleiben. Zum einen ist im staatlichen Verwaltungssystem der spezielle Posten eines Beauftragten zum Schutz der Unternehmer entstanden (in einer Reihe mit dem Menschenrechtsbeauftragten und dem Beauftragten für den Schutz der Kinderrechte). Boris Titow, der im Juni vergangenen Jahres auf diesen Posten berufen wurde, konnte mit Unterstützung führender Unternehmensverbände das Projekt einer Amnestie für Unternehmer vorbereiten und politisch voranbringen – sie wurde im Sommer 2013 von der Staatsduma verabschiedet, trotz des Widerstandes durch den Silowiki-Block in der Regierung. In Folge der Amnestie sind bei 1408 Unternehmern die Ermittlungen in Strafverfahren eingestellt und / oder die auf Grund rechtskräftiger Gerichtsurteile verhängten Strafen aufgehoben worden.

Andererseits setzt das Strafermittlungskomitee die Ermittlungen zum »Fall der Experten« fort, bei dem Jana Jakowlewa, die Verfassungsrichterin a. D. Tamara Morschtschakowa und andere »Beteiligte« zum Verhör vorgeladen worden waren. Einem Beschluss des Gerichts des Moskauer Basmanj-Rayons zu Folge, den die Anwälte eines der Experten in einem kasachischen Gericht erhielten, bestehe ihre angenommene Schuld darin, dass sie »Monographien herausgegeben haben und Publikationen in den Medien vorgenommen wurden, die die Notwendigkeit von Änderungen in die Strafgesetzgebung behandeln. Dadurch wurde die Illusion einer Notwendigkeit zur Liberalisierung der Strafgesetzgebung erzeugt und es sind im Interesse von M. B. Chodorkowskij Änderungen in der Gesetzgebung Russlands vorgenommen worden« (<http://www.novayagazeta.ru/politics/58386.html>). Parallel lobbyiert das Strafermittlungskomitee erfolgreich Änderungen in der Strafprozessordnung Russlands, die dem Komitee die Befugnisse zurückgeben, Steuerstrafverfahren auch ohne Beteiligung der Steuerbehörden zu eröffnen. Die Unternehmerschaft, unterstützt durch den Wirtschafts-Block in der Regierung (einschließlich des Föderalen Steuerdienstes) versucht intensiv, diesen Änderungen entgegenzuwirken, doch ist der Gesetzentwurf bereits in erster Lesung in der ursprünglichen Redaktion, in der er vom Strafermittlungskomitee vorgelegt worden war, angenommen worden. In der gleichen Richtung einer verstärkten Kontrolle der Unternehmen geht eine neue Welle von Maßnahmen zur von Präsident Putin angesprochenen »De-Offshorisierung«. Hier ist einzuräumen, dass die Argumente der »Silowiki« etwas für sich haben: Steuerhinterziehung und -betrug sind in der russischen Wirtschaft keineswegs weniger verbreitet als in anderen Ländern, eher im Gegenteil. Und auch die Pläne,

nach denen mit Hilfe von »Silowiki« die »Abnahme von Eigentum« erfolgt, sind in vielen Fällen nicht von »Leuten mit Schulterstücken« erdacht worden, sondern von deren Partnern in der Wirtschaft, die es für normal halten, sich Konkurrenten »liefern zu lassen«.

Mit anderen Worten: Sowohl unter den Vertretern von Polizei und Justiz, als auch in der Unternehmerschaft, gibt es unlautere Akteure, die mit dem Recht manipulieren und die Gesetze verletzen. Gleichzeitig gibt es hier wie dort ehrliche Beteiligte, die nicht vor Fehlern gefeit sind. Ein Mechanismus, mit dem unabsichtliche Fehler von Missbrauch unterschieden werden könnten, wäre ein unabhängiges Gerichtssystem. Die Gerichte in Russland, die lediglich in 0,3 % der Fälle zu einem Freispruch kommen, sind aber offensichtlich ein Anhängsel des Sicherheits- und Justizsystems. Sollte man also bis zum Entstehen unabhängiger Gerichte die Sicherung der Garantien für die Eigentumsrechte und die persönliche Sicherheit von Unternehmern getrost vergessen? Oder lässt sich bereits heute etwas unternehmen?

Der bekannte Experte zu Entwicklungsfrage und Harvard-Professor Dany Rodrik hebt hervor, dass es sich in solchen Situation lohnt, über die Suche nach zweitbesten Institutionen nachzudenken, nach Institutionen, die ihrer Gestaltung nach möglicherweise keineswegs den Standards der »hehren Theorie« entsprechen, allerdings in der Lage sind, die wirtschaftliche Entwicklung in jener unvollkommenen Umgebung zu befördern, in der sie entstanden sind. Eine Studie, die an der Higher School of Economics durchgeführt wurde, legt die Annahme nahe, dass die Wirtschaft in Russland auf der Suche nach Instrumenten zur Eindämmung des »Drucks durch Silowiki« anscheinend das Format einer solchen nicht standardmäßigen Institution vorsichtig ausfindig könnte. Konkret ist die Rede vom »Zentrum für gesellschaftliche Verfahren »Wirtschaft gegen Korruption« (russ. Abk.: »BPK« – <http://www.nocorruption.biz/>), das im Februar 2011 vom Verband »Delowaja Rossija« gegründet wurde.

Wie funktioniert BPK?

Es wurde bereits im Juli 2011 in einem Bericht des Ministeriums für wirtschaftliche Entwicklung an die russische Regierung unterstrichen, dass das »BPK« dazu dienen soll, »die Bemühungen der Unternehmerschaft, von gesellschaftlichen Organisationen und von Organen der Staatsmacht der Russischen Föderation im Kampf gegen »Raidertum« und Korruptionsdruck auf die Unternehmen zu bündeln«. Schlüsselmerkmal des Instruments »BPK« ist die öffentliche Bearbeitung der Eingaben von Unternehmern, die der Ansicht sind, dass sie Objekt einer unbegründeten Strafverfolgung und

einer »raid-artigen« feindlichen Übernahme ihres Unternehmens waren. Alle Eingaben werden in ein Register aufgenommen, das auf der Website des BPK einsehbar ist (<<http://www.nocorruption.biz/?cat=6>>) und es dem Antragsteller und allen interessierten Seiten erlaubt, die einzelnen Untersuchungsphasen der Eingabe nachzuvollziehen. Das Reglement des BPK sieht sieben Phasen vor, unter anderem Recherchen zur Sache, Anfragen an die regionale Abteilung von »Delowaja Rossija«, das Gutachten eines Fachjuristen, einen Beschluss der Ko-Vorsitzenden des BPK über die Weiterleitung der Eingabe an den »Gesellschaftlichen Rat des BPK«, die Bearbeitung des Falls im Gesellschaftlichen Rat und schließlich die abschließende Reaktion auf die Eingabe.

Die Bearbeitung des Falles in der regionalen Abteilung von »Delowaja Rossija« macht eine Einschätzung darüber möglich, wie aufrichtig der Antragsteller ist. Anschließend wird die Eingabe von einem der Fachjuristen analysiert, die ehrenamtlich nach dem pro bono-Prinzip mit dem BPK zusammenarbeiten (<http://www.nocorruption.biz/?page_id=3307>). Danach treffen die Ko-Vorsitzenden des BPK (zu denen Boris Titow, der Vizepräsident von »Delowaja Rossija« und ehemalige Abgeordnete der Staatsduma Andrej Nasarow, die ehemalige Vorsitzende des Menschenrechtsrates beim Präsidenten Ella Pamfilowa und eine Reihe anderer Persönlichkeiten von Rang und Namen gehören) kollektiv die Entscheidung, ob der Antrag des Unternehmers einer Sitzung des Gesellschaftlichen Rates vorgelegt werden sollte.

In der Regel werden dem Gesellschaftlichen Rat jene Fälle unterbreitet, bei denen die Ko-Vorsitzenden eine ernstliche Verletzung der Rechte des Unternehmers erkennen und wo sie eine Revision des Falles im Rahmen einer öffentlichen Erörterung vor dem Gesellschaftlichen Rat für möglich halten. In Tabelle 1 auf S. 6 ist die Gesamtzahl der Anträge im Verlauf der fast drei Jahre aufgeführt, die das BPK besteht sowie die Wahrscheinlichkeit, mit der die jeweiligen Fälle in den Gesellschaftlichen Rat eingebracht werden. Wie anhand der Daten deutlich wird, haben Anträge, in denen es um eine »feindliche Übernahme« mit gleichzeitiger Strafverfolgung geht, die größten Aussichten auf eine Behandlung im Gesellschaftlichen Rat. Sie stellen nur 14 % aller eingehenden Beschwerden dar, doch machen sie die Hälfte aller Fälle aus, die vor dem Gesellschaftlichen Rat behandelt werden.

Die Sitzungen des Gesellschaftlichen Rates finden alle zwei Wochen statt und stehen allen interessierten Personen offen. Der Form nach stellen sie Quasi-Gerichtsverhandlungen dar, zu denen sowohl der Unternehmer, der sich an das BPK gewandt hat, geladen wird, als auch die Gegenseite. Der Gesellschaftliche Rat des

BPK tritt dabei im Grunde als Jury auf. Die Begründetheit der getroffenen Entscheidungen wird durch die Qualifikation und die persönliche Reputation der Mitglieder des Gesellschaftlichen Rates vorgegeben. Im November 2013 waren 27 der 62 Mitglieder professionelle Anwälte, die in führenden Kanzleien arbeiten. Fünf Mitglieder waren Abgeordnete der Staatsduma oder des Föderationsrates, vier waren Mitglieder der Gesellschaftskammer der Russischen Föderation und 17 vertraten führende Wirtschaftsverbände.

Falls der Gesellschaftliche Rat nach öffentlicher Erörterung sich für eine Unterstützung der Eingabe ausspricht, übersendet das BPK seinen Antrag an die Spitzen der zuständigen Stellen (Staatsanwaltschaft, Strafermittlungskomitee, Innenministerium, Oberster Gerichtshof). Den weiteren Gang der Untersuchungen zu jedem vom Gesellschaftlichen Rat unterstützten Antrag wird von einem der Ko-Vorsitzenden des BPK verfolgt, der persönlich die Leiter der entsprechenden Stellen von Polizei und Justiz kontaktiert.

Ein praktisches Instrument, das die Bearbeitung von Anfragen des BPK »zur Sache« garantiert, ist der Aufsichtsrat des BPK, der auf Anordnung der Regierung eingerichtet wurde. Der wird vom Ersten stellvertretenden Ministerpräsidenten Igor Schuwalow geleitet, und zu seinen Mitgliedern gehören Vertreter aus 65 Behörden (in der Regel im Range des für die Korruptionsbekämpfung zustehenden stellvertretenden Behördenleiters), die die Rechtsanwendung gegenüber der Wirtschaft ausüben – unter anderem des Innenministeriums, des Strafermittlungskomitees, der Föderalen Steuerdienstes (FNS), des Föderalen Dienstes zur Kontrolle des Drogenverkehrs (FSNK, ehem. Gosnarkokontrol). Als Mechanismus für die laufende Zusammenarbeit mit dem Staatsapparat dienen dem BPK Arbeitsgruppen, die auf Grund von Abkommen zwischen dem Beauftragten für den Schutz der Unternehmerrechte und den Leitern der wichtigsten Sicherheits- und Justizbehörden eingerichtet wurden. Die aktivste dieser Arbeitsgruppen, so berichten Mitarbeiter des BPK, sei die der Generalstaatsanwaltschaft, die monatlich zusammenkommt und zu der neben hochgestellten Vertretern des Innenministeriums und des Strafermittlungskomitees auch Vertreter der »Großen Vier« unter den Unternehmensverbänden gehören.

Ist das Glas »halbleer«?

In dem Bericht über die Arbeitsprinzipien des BPK, der im Juli vom Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung an Präsident Putin übermittelt wurde, wird hervorgehoben, dass im Laufe eines Jahres »etwa acht bis zehn Eingaben« bearbeitet werden sollen, »doch sollte das Ergebnis der Untersuchungen öffentliche Resonanz haben, in den Medien verbreitet werden und im

Ergebnis relevant sein sowie auf eine Verbesserung des Geschäftsklimas hinwirken«. Die öffentlichen Verhandlungen und die Sanktionen gegen die »Erpresser mit Schulterstücken« sollen ein Signal sowohl an die Erpresser (erhöhtes Risiko für die üblichen Strategien), als auch an die Unternehmer sein (dass deren Rechte nun geschützt werden).

In der Sache hat der Gesellschaftliche Rat des BPK von Februar 2011 bis November 2013 85 Eingaben bearbeitet. Bei 68 von ihnen kam man zu dem Schluss, dass die Rechte der Unternehmer verletzt wurden, und zu einer Entscheidung, dass die Urteile zu überprüfen seien. Allerdings sind mit Stand vom Dezember 2013 auf der Website des BPK lediglich Angaben über 12 Eingaben zu finden, bei denen Gerichtsbeschlüsse revidiert wurden. Warum der Endeffekt der Tätigkeit des BPK derart begrenzt ist, lässt sich am Beispiel des Falles Dmitrij Malow von der Firma »Agromol« in Kostroma nachvollziehen, der für das BPK die merklichste »Erfolgsgeschichte« darstellt.

»Agromol« ist ein mittelgroßes Unternehmen, das Molkereiprodukte herstellt und 300 Mitarbeiter beschäftigt. 2006 hatte das Unternehmen von Malow im Rahmen des nationalen Projektes »Entwicklung des Agrarindustriellen Komplexes« einen Kredit über 17,8 Millionen Rubel aufgenommen. 2008 wendeten sich zwei ehemalige FSB-Mitarbeiter an Malow und legten ihm nahe, das Unternehmen unter Wert zu verkaufen. Diese »Vorschläge« wurden von Drohungen mit einer Strafverfolgung begleitet. Nachdem sich Malow weigerte seine Firma zu verkaufen, erreichte die regionale Stelle des FSB die Einleitung eines Strafverfahrens gegen ihn nach § 159 des Strafgesetzbuches. Er wurde beschuldigt, 1,8 Mrd. Rubel unterschlagen zu haben, die »Agromol« offiziell im Rahmen einer Refinanzierung des Kredits zurückgegeben worden waren. Obwohl Dmitrij Malow das Gericht über die Erpressung informierte und die Anklage an sich absurd war, wurde er zu fünfeinhalb Jahren Haft verurteilt.

Malows Eingabe ging im Februar 2011 beim BPK ein und wurde im März 2011 vom Gesellschaftlichen Rat unterstützt. Gleichwohl reduzierte die Berufungsinstanz bei der Revision des Verfahrens lediglich die Haftstrafe gegen Malow von fünfeinhalb auf zwei Jahre. Erst im November 2012 wurde Malow durch den Obersten Gerichtshof vollständig freigesprochen. Das wurde dadurch möglich, so betonte es Boris Titow, dass der Vorsitzende des Obersten Gerichtshofes Wjatscheslaw Lebedew persönlich beteiligt war und dabei »das Verfahren »durchschaute« und die Ungerechtigkeit erkannte« (<http://www.kommersant.ru/doc/2071922/print>).

Die endgültige Entscheidung des Obersten Gerichtshofes, der Malow das Recht auf Rehabilitierung zusprach,

bietet Grund zur Annahme, dass das Verfahren gegen Malow von vorn bis hinten fabriziert war. Gleichwohl waren alle unteren Gerichtsinstanzen nicht in der Lage gewesen, in diesem Verfahren »die Ungerechtigkeit zu erkennen«, und das BPK musste fast zwei Jahre aufwenden, um eine Revision zu erreichen.

Es lässt sich nun diskutieren, was hinter diesem Unwillen von Sicherheits- und Justizbehörden sowie dem Gerichtssystem steckt, die eigenen Fehler einzugehen – Korruptionsinteressen oder aber der Wille, die »Ehre der Uniform« zu wahren, sowie eine falsch verstandenen Standessolidarität. Ganz unabhängig davon ist das Fehlen schneller Effekte durch die Tätigkeit des BPK offensichtlich, was Enttäuschungen in der Unternehmerschaft nach sich zieht. Zeichen einer solchen Enttäuschung war Ende 2012 der Rückzug von Jana Jakowlewa, Miteigentümerin der Firma »Sofeks« und Gründerin der »Unabhängigen Partnerschaft (NP) »Bisnes-Solidarnost«, als Ko-Vorsitzende des BPK.

Ein anderer Blickwinkel

Es lohnt aber, die Geschichte des BPK von einer anderen Seite zu betrachten. Ja, es stimmt: Das BPK kann dem »Druck mit Hilfe von Silowiki«, der auf Unternehmen ausgeübt wird, nicht Einhalt gebieten, schlicht und einfach, weil keine gesellschaftliche Organisation, und sei es die einflussreichste, in der Lage wäre, den korrupten Staatsapparat und das nicht funktionierende Gerichtssystem aufzuwiegen. Damit die Unternehmerschaft in Russland an einen stärkeren Schutz der Eigentumsrechte glaubt und wieder in Russland investiert, braucht es mehr, als eine einmalige Amnestie für Unternehmer durchzuführen und Chodorkowskij »aus monarchischer Gnade« nach Deutschland zu entlassen. Garantien für einen Schutz der Eigentumsrechte wird es ohne ernsthafte institutionelle Reformen nicht geben.

Jede Reform wird aber von Menschen gemacht. Wenn diejenigen, die die Reform umzusetzen haben, offensichtlich unlauter sind, wird eine Reform auch dann scheitern, wenn sie mit besten Absichten begonnen wurde. Für einen verbesserten Schutz der Eigentumsrechte ist es dringendst erforderlich, das Polizei-, Justiz- und Gerichtssystem von nicht gewissenhaften Mitarbeitern zu befreien. Und gerade hier hat das BPK als institutionelle Innovation das größte Potential. Seine charakteristischen Merkmale (formalisierte Untersuchungsprozeduren und fachliche Expertise zu den Eingaben der Unternehmer, Einbeziehung gewichtiger Vertreter des Staates und der gesellschaftlichen Organisationen, das Öffentliche des Verfahrens und der Einsatz der Reputation aller Beteiligten) erlauben es, objektiv die »wunden Punkte« aufzudecken und die

am stärksten »infizierten« Bereiche von Polizei und Justiz zu identifizieren.

Weiter ergibt sich die Frage, wie weit die Leute, die sich am oberen Ende der »Vertikale der Macht« befinden, bereit sind, auf jenen informellen Kontrakt zu verzichten, der in den 2000er Jahren im Sicherheits- und Justizsystem entstanden war und sich mit der Formel »politische Loyalität im Tausch gegen weitgehende Handlungsfreiheit« beschreiben lässt. Anders als viele Experten sind wir nicht der Ansicht, dass die Antwort auf diese Frage in dem berüchtigten »politischen Willen« liegt. Sehr viel wichtiger ist nämlich das Verständnis, dass das in den 2000er Jahren entstandene und auf Rohstoffrenten basierende wirtschaftliche Entwicklungsmodell sich erschöpft und gleichzeitig die »herrschende Koalition« zur Aufrechterhaltung der sozialen und politischen Stabilität ein nachhaltendes wirtschaftliches Wachstum

dramatisch nötig hat. Wirtschaftliches Wachstum kann heute nur auf der Grundlage privater Investitionen wiedererlangt werden. In einem Bewusstsein für diese neue Realität ist der Hintergrund für die Nationale Unternehmerinitiative und andere Maßnahmen zur Verbesserung des Investitionsklimas zu sehen – auch für die von der Regierung sanktionierte Schaffung des BPK. Klar ist dabei auch, dass in der »herrschenden Koalition« unterschiedliche Interessengruppen bestehen, von denen ein Teil weiterhin »Silowiki-Szenarien« zuneigt. Welche dieser Tendenzen überwiegt, wird von dem wachsenden Druck von unten und außen abhängen, auf den die derzeitige »herrschende Koalition« nach der Krise von 2008/2009 gestoßen ist und der die Machthaber dazu nötigt, neue Lösungen zu suchen.

Übersetzung: Hartmut Schröder

Über die Autoren

Professor Andrei Yakovlev ist Direktor des Instituts zur Analyse von Unternehmen und Märkten an der National Research University – Higher School of Economics, Moskau.

Anton Kasun ist Mitarbeiter am Internationalen Zentrum zur Erforschung von Institutionen und Entwicklungen an der National Research University – Higher School of Economics, Moskau.

Anton Sobolew ist Mitarbeiter am Institut zur Analyse von Unternehmen und Märkten an der National Research University – Higher School of Economics, Moskau.

Lesetipps

- Yakovlev, Andrei: Russian modernization: Between the need for new players and the fear of losing control of rent sources, in: Journal of Eurasian Studies, 5.2014, Nr. 1, S. 10–20 <<http://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S1879366513000353/pdfft?md5=2476fee774f937b2a8c56f0de76b1ad6&pid=1-s2.0-S1879366513000353-main.pdf>, 30. Januar 2014>.
- Yakovlev, Andrei: The evolution of business – state interaction in Russia: From state capture to business capture?, in: Europe-Asia Studies, 58.2006, Nr. 7, S. 1033–1056

Tabelle 1: Kategorien von Anträgen an das BPK

Kategorie	Antrag		Antrag bearbeitet vom Gesellschaftlichen Rat	
	Zahl der Anträge	in %	Zahl der bearbeiteten Anträge	in % der Zahl der Anträge
Feindliche Übernahme mit gleichzeitiger Strafverfolgung	83	14 %	41	48 %
Feindliche Übernahme	119	20 %	15	18 %
Strafverfolgung	278	46 %	27	32 %
Korruption	28	5 %	1	1 %
Administrative Hindernisse	26	4 %	1	1 %
Anderes	76	12 %	0	0 %
Insgesamt	610	100 %	85	100 %

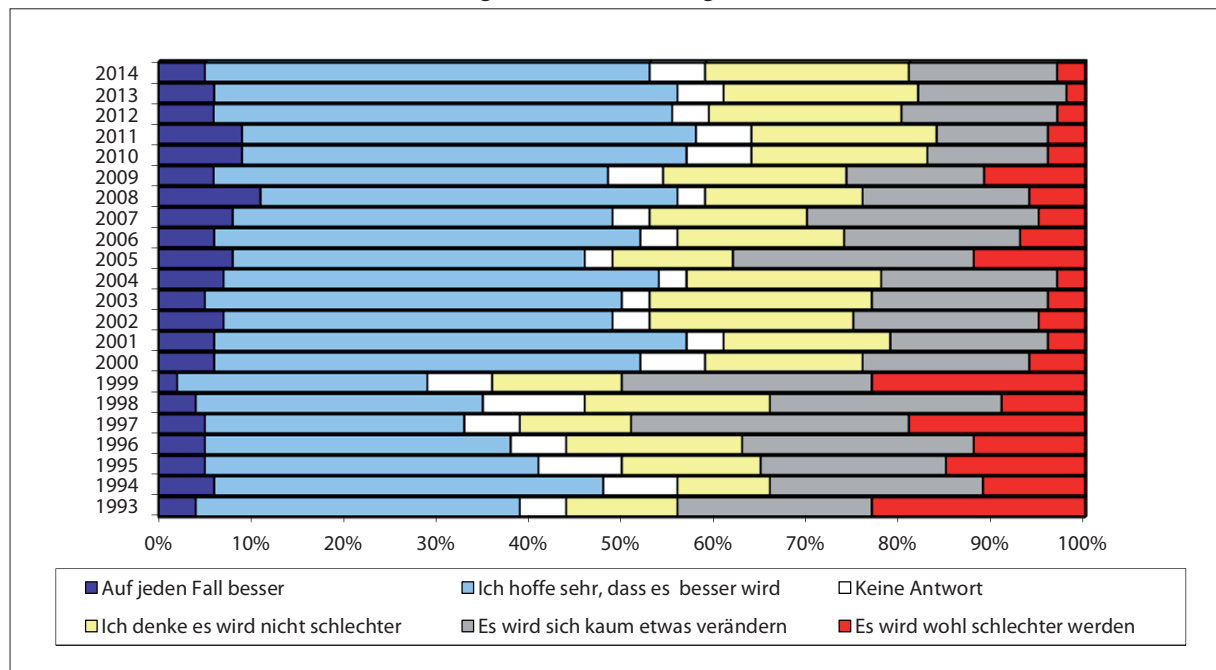
Quelle: Berechnungen der Autoren auf der Grundlage der Datenbasis des BPK von Februar 2011 bis November 2013

UMFRAGE

Erwartungen für das Jahr 2014 und politische Stimmungen in Russland

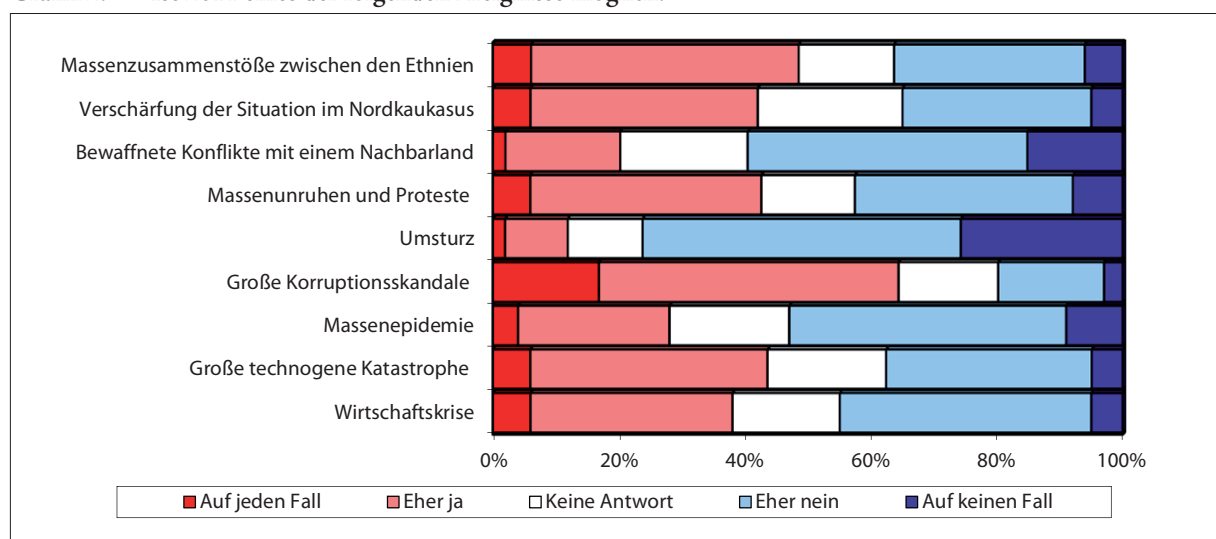
Erwartungen für das Jahr 2014 nach Umfragen des Lewada-Zentrums

Grafik 1: Wie wird das neue Jahr im Vergleich zum zurückliegenden?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 20.–24. Dezember 2013, N = 1603. Veröffentlicht am 14. Januar 2014 unter: <http://www.levada.ru/print/13-01-2014/ozhidaniya-rossiyan-v-2014>

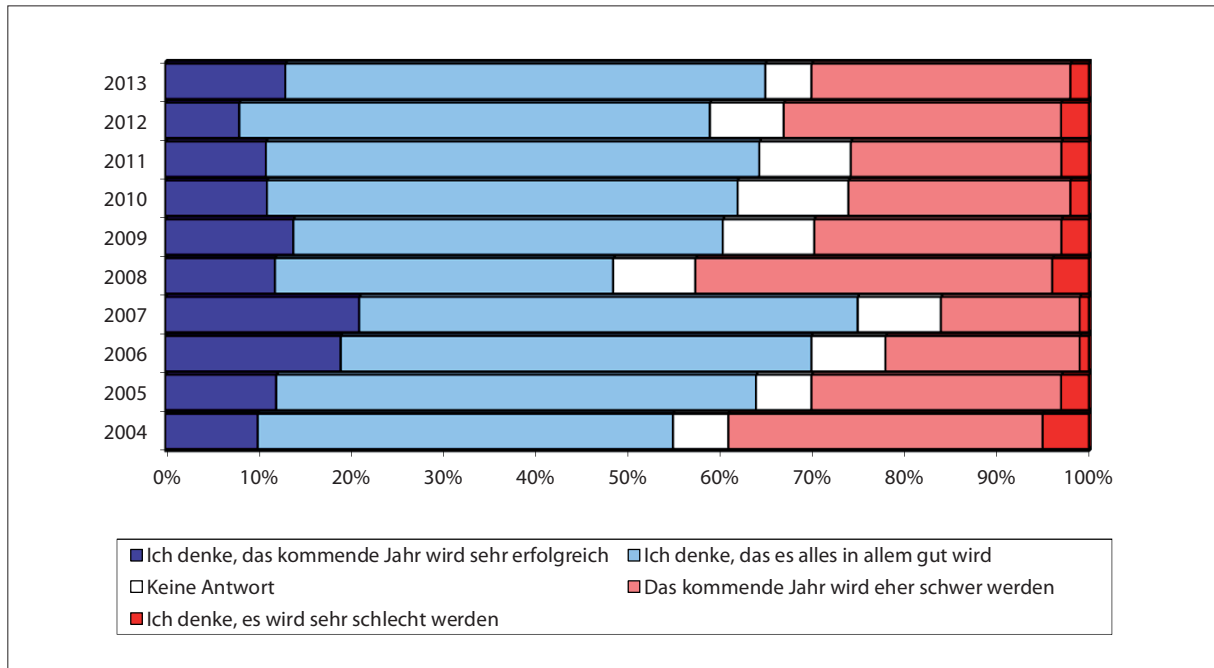
Grafik 2: Ist 2014 eines der folgenden Ereignisse möglich?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 20.–24. Dezember 2013, N = 1603. Veröffentlicht am 14. Januar 2014 unter: <http://www.levada.ru/print/13-01-2014/ozhidaniya-rossiyan-v-2014>

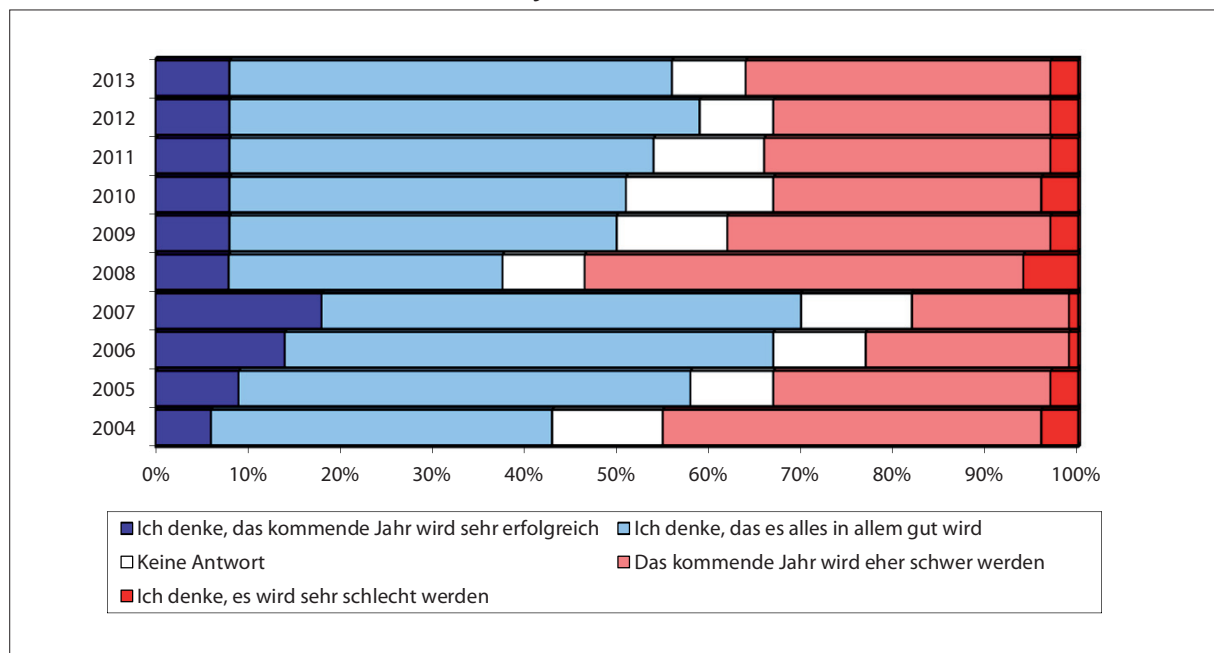
Erwartungen für das Jahr 2014 in Umfragen des WZIOM

Grafik 3: Was erwarten Sie vom kommenden Jahr 2014 persönlich für Sie und Ihre Familie?



Quelle: Umfragen des WZIOM vom 21.–22. Dezember 2013, N = 1600. Veröffentlicht am 7. Januar 2014 unter: <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=114665>

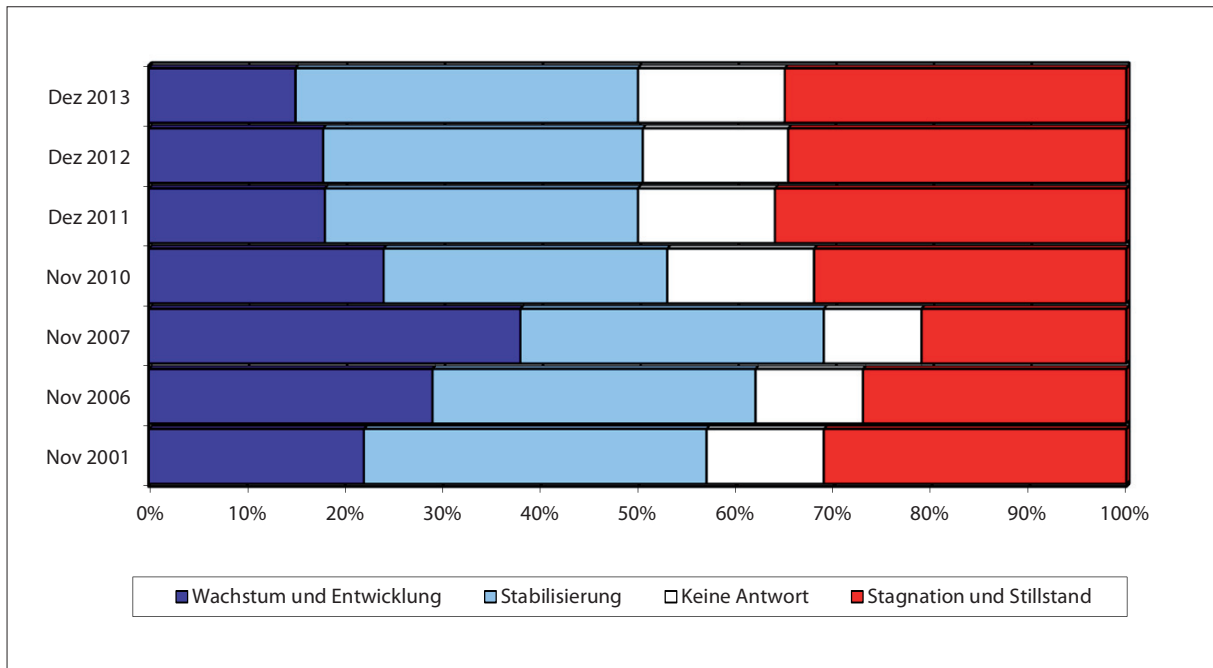
Grafik 4: Was erwarten Sie vom kommenden Jahr 2014 für das Land als Ganzes?



Quelle: Umfragen des WZIOM vom 21.–22. Dezember 2013, N = 1600. Veröffentlicht am 7. Januar 2014 unter: <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=114665>

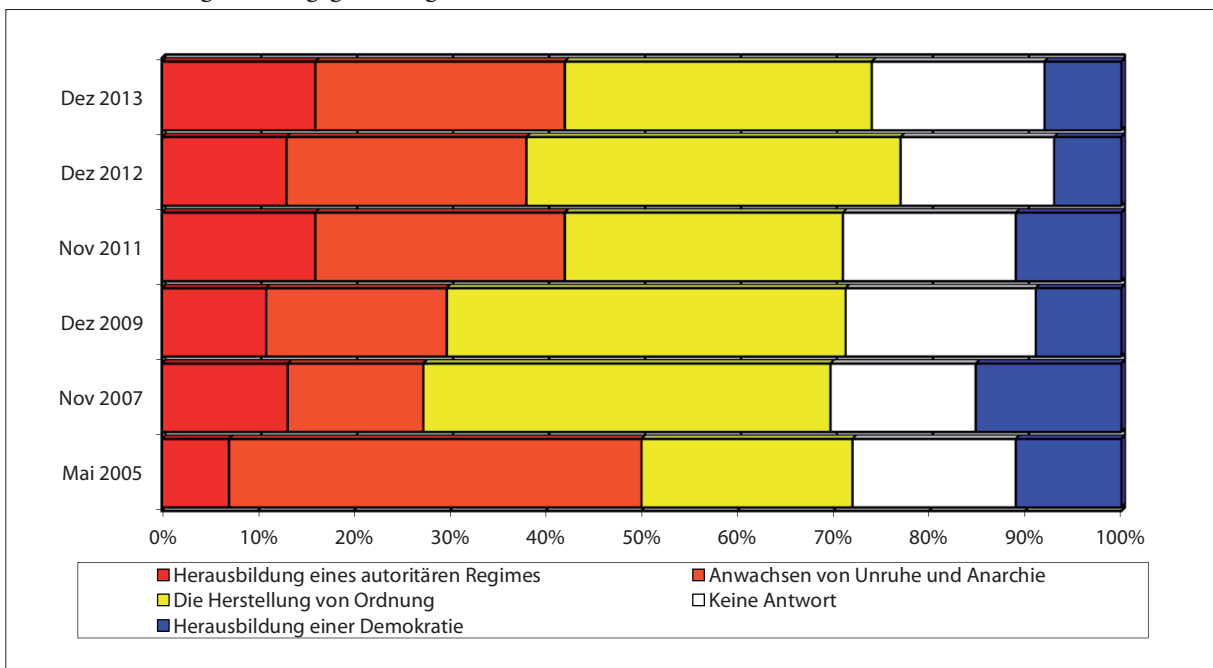
Machtwechsel, Putin-Nachfolge, Wechselstimmung

Grafik 5: Was geht gegenwärtig in Russland vor? Wachstum und Entwicklung, Stabilisierung oder Stagnation und Stillstand?



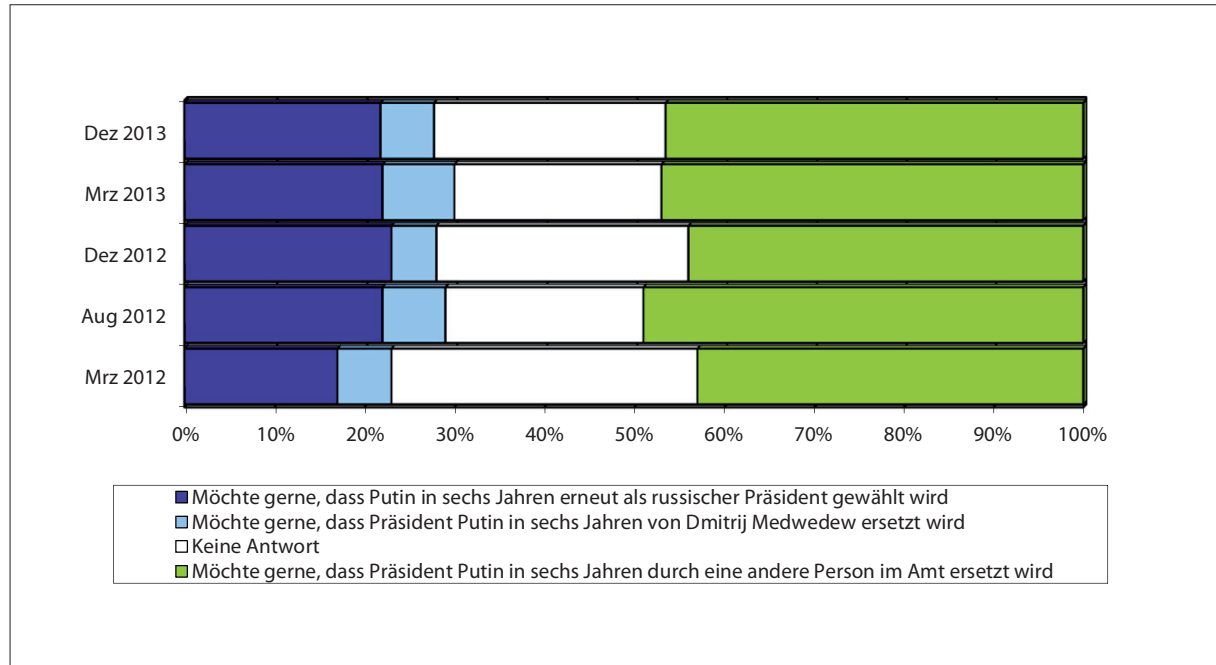
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 20.–24. Dezember 2014, N=1603. Veröffentlicht am 15. Januar 2014 unter: <http://www.levada.ru/print/15-01-2014/obshchestvennoe-mnenie-o-smene-vlasti>

Grafik 6: Was geschieht gegenwärtig im Land?



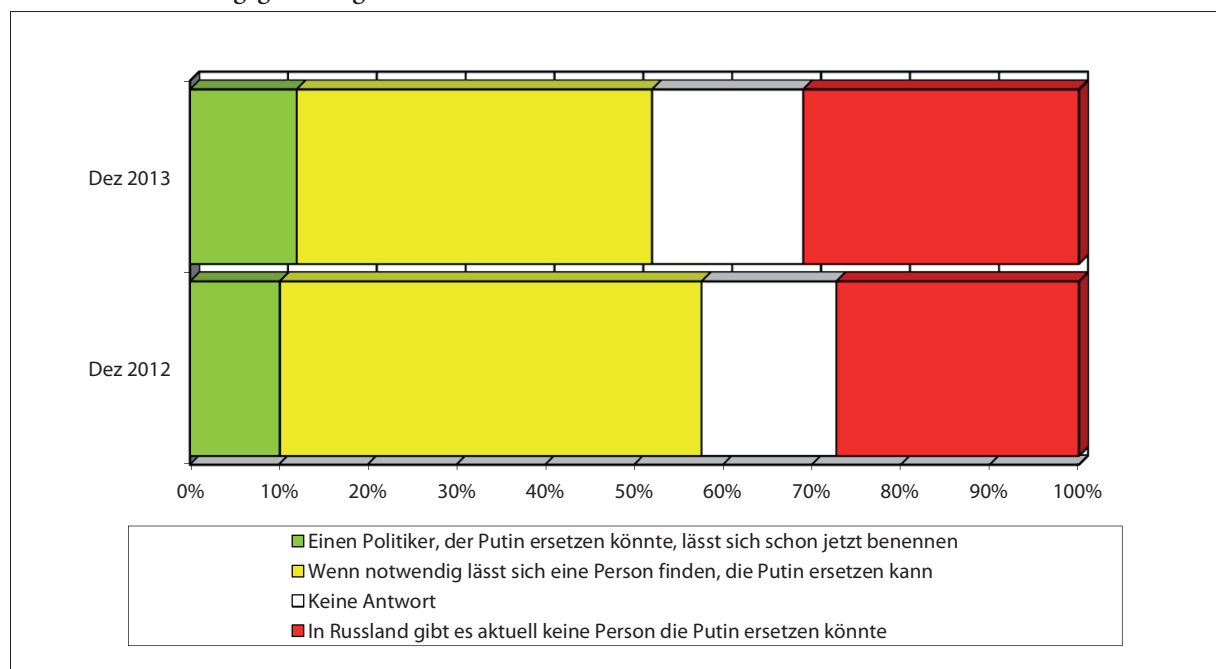
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 20.–24. Dezember 2014, N=1603. Veröffentlicht am 15. Januar 2014 unter: <http://www.levada.ru/print/15-01-2014/obshchestvennoe-mnenie-o-smene-vlasti>

Grafik 7: Möchten Sie gerne, dass Wladimir Putin in sechs Jahren für eine weitere Amtszeit als russischer Präsident gewählt wird, oder soll ihn Dmitrij Medwedew ersetzen bzw. eine andere Person?



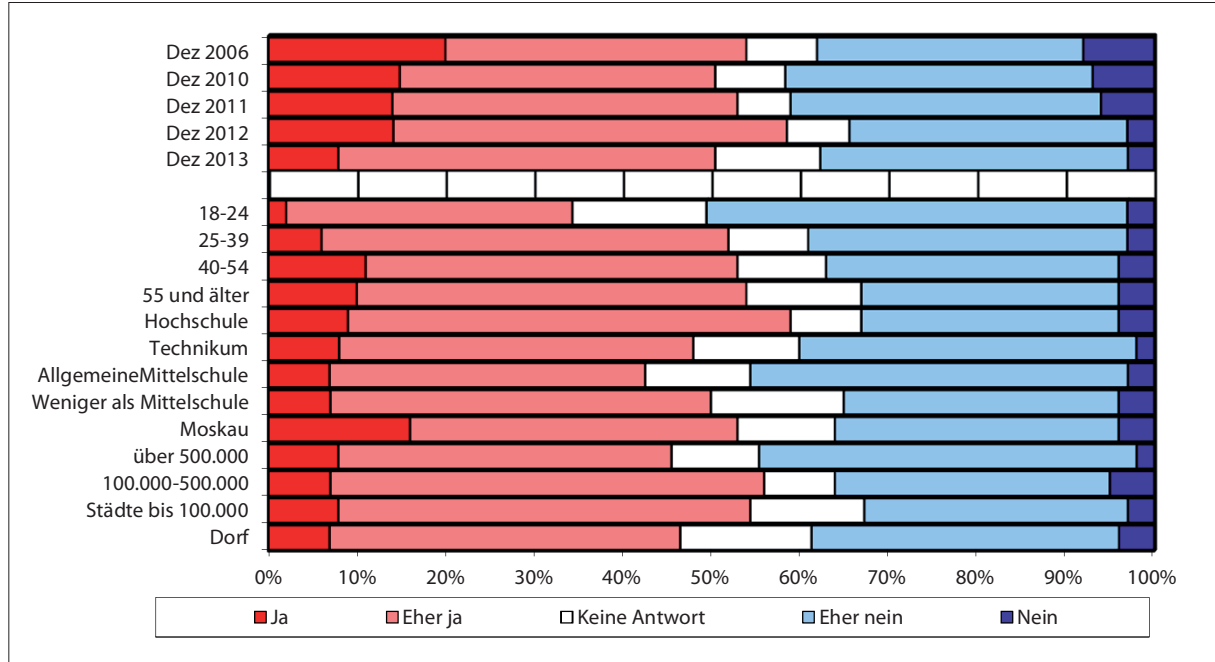
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 20.–24. Dezember 2013, N = 1603. Veröffentlicht am 20. Januar 2014 unter: <http://www.levada.ru/print/20-01-2014/vozmozhnyi-preemnik-v-putina-na-postu-prezidenta-rossii>

Grafik 8: Gibt es gegenwärtig einen Ersatz für Wladimir Putin im Amt des Präsidenten?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 20.–24. Dezember 2013, N = 1603. Veröffentlicht am 20. Januar 2014 unter: <http://www.levada.ru/print/20-01-2014/vozmozhnyi-preemnik-v-putina-na-postu-prezidenta-rossii>

Grafik 9: Spüren Sie in letzter Zeit eine Zunahme gesellschaftlicher Spannungen?



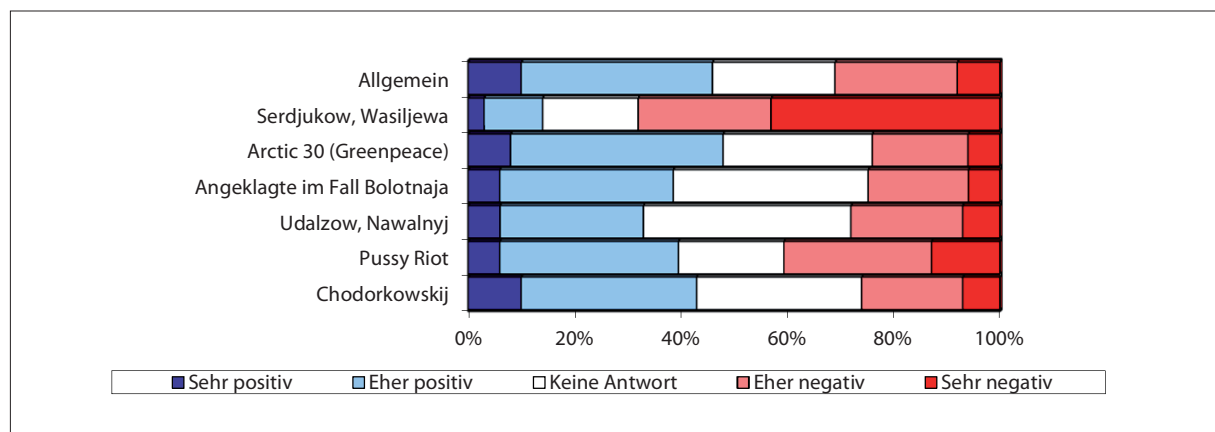
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 20.–24. Dezember 2013, N = 1603. Veröffentlicht am 28. Januar 2014 unter: <http://www.levada.ru/print/28-01-2014/napryazhenie-v-obshchestve>

Bewertung der Amnestie durch die russischen Bürger

Vor Weihnachten hat die Staatsduma ein Amnestiegesetz verabschiedet, das u. a. die Freilassung der Mitglieder von Pussy Riot und der in der Arktis festgenommenen Greenpeace-Aktivisten ermöglichte. Außerdem hat Präsident Putin Michail Chodorkowskij begnadigt, den ehemaligen Vorstandsvorsitzenden und Hauptaktionär des Mineralölkonzerns Jukos.

In der Umfrage wird eine Amnestie für den ehemaligen Verteidigungsminister Serdjukow und seine Abteilungsleiterin Wasiljewa entschieden abgelehnt. Die Oppositionspolitiker Udaltow und Nawalnyj und die Angeklagten im Fall der Zusammenstöße bei der Demonstration auf dem Bolotnaja-Platz im Umfeld des 6. Mai 2012 werden demgegenüber positiver bewertet.

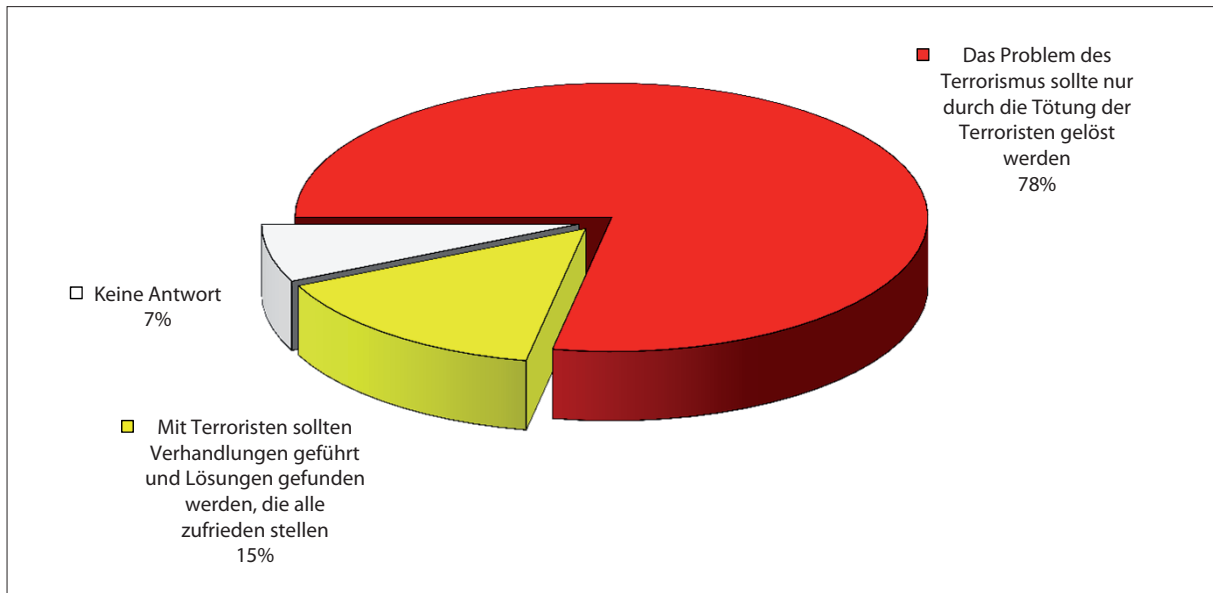
Grafik 10: Wie stehen Sie zu der Amnestie für ...



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 20.–24. Dezember 2013, N = 1603. Veröffentlicht am 27. Dezember 2014 unter: <http://www.levada.ru/print/27-12-2013/rossiyane-ob-amnistii>

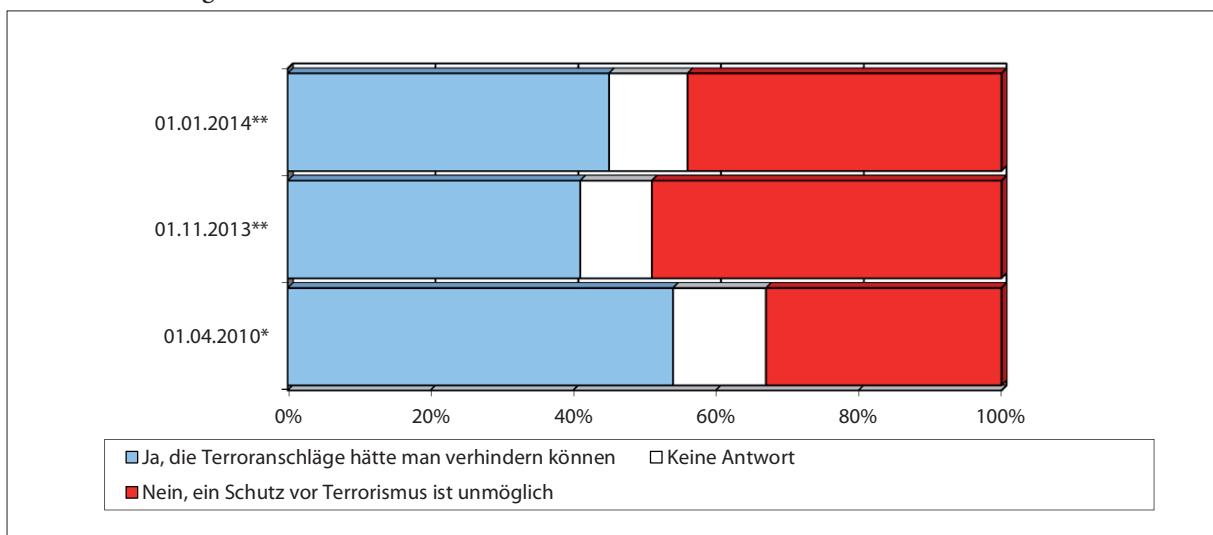
Gibt es Schutz gegen Terrorismus?

Grafik 11: Welche der folgenden Sichtweisen ist Ihnen näher?



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 11.–12. Januar 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 21. Januar 2014 unter: <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=114681>

Grafik 12: Vor Neujahr kam es in Wolgograd zu mehreren großen Terroranschlägen. Hätte man diese Anschläge verhindern können?

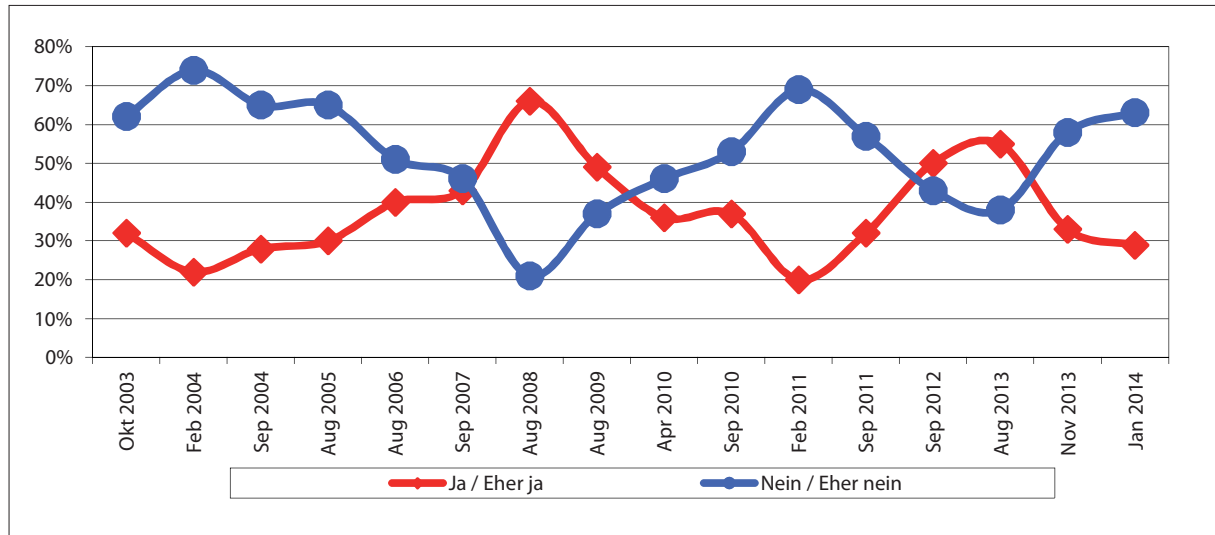


* Im April 2010 wurde die Frage in Bezug auf die Terroranschläge in der Moskauer Metro gestellt.

** Im November 2013 [und Januar 2014] wurde die Frage in Bezug auf den Terroranschlag in einem Linienbus in Wolgograd gestellt.

Quelle: Umfragen des WZIAM vom 11.–12. Januar 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 21. Januar 2014 unter: <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=114681>

Grafik 13: Denken Sie, dass die russische Staatsmacht die Bevölkerung von neuen Terroranschlägen schützen kann?



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 11.–12. Januar 2014, N = 1600. Veröffentlicht am 21. Januar 2014 unter: <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=114681>

RANKING

Prominenz und politische Elite

Zum Jahreswechsel haben das WZIAM und die Tageszeitung »Nesawisimaja gaseta« jeweils auf Ihre Weise die russische Elite vermessen. Die »Nesawisimaja gaseta« fasst Ihre monatliche Aufstellung der »100 wichtigsten Politiker« zusammen, die durch Expertenbefragungen ermittelt werden. Das WZIAM führt eine Repräsentativbefragung durch, die ermittelt, wer nach Auffassung der Bevölkerung zur Elite gehört. Die Ergebnisse sind durchaus unterschiedlich. Die »Nesawisimaja gaseta« führt nur Politiker, hohe Beamte und Wirtschaftsführer auf, in der Liste des WZIAM dominieren bekannte Sänger, Showstars und Fernsehpersönlichkeiten. Dies vermittelt einen guten Eindruck davon, dass der Alltag der russischen Gesellschaft eben nicht von Politik bestimmt wird.

Tabelle 2: Die 50 wichtigsten russischen Politiker im Jahre 2013 (»Nesawisimaja gaseta«)

Name	Funktion	Rang	Punkte
Putin, Wladimir	Präsident der Russischen Föderation	1	9,2
Medwedew, Dmitrij	Ministerpräsident der Russischen Föderation	2	7,58
Iwanow, Sergej	Leiter der Präsidialadministration	3	7,14
Wolodin, Wjatscheslaw	Erster Stellvertretender Leiter der Präsidialadministration	4	6,93
Setschin, Igor	Vorstandsvorsitzender des staatlichen Mineralölkonzerns Rosneft. Gilt als Führungsfigur der »silowiki«, d.h. der Vertreter der »Machtapparate« (Geheimdienste, Militär usw.)	5	6,85
Schojgu Sergej	Verteidigungsminister	6	6,56

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 2: Die 50 wichtigsten russischen Politiker im Jahre 2013 (»Nesawisimaja gaseta«) (Fortsetzung)

Name	Funktion	Rang	Punkte
Sobjanin, Sergej	Bürgermeister von Moskau	7	6,45
Schuwalow, Igor	Erster Stellvertretender Ministerpräsident	8	6,24
Kirill	Patriarch von Moskau und der ganzen Rus	9	6,13
Peskow, Dmitrij	Pressesprecher des Präsidenten	10	5,97
Siluanow, Anton	Finanzminister	11	5,95
Lawrow, Sergej	Außenminister	12	5,76
Naryschkin, Sergej	Vorsitzender (Speaker) der Staatsduma	13	5,75
Rogosin, Dmitrij	Stellvertretender Ministerpräsident, Vorsitzender der Militärisch-Industriellen Kommission, Vertreter nationalistischer Positionen	14	5,73
Bastrykin, Alexander	Vorsitzender des Strafermittlungskomitees, »silowik«	15	5,62
Dworkowitsch, Arkadij	Stellvertretender Ministerpräsident, Vertreter einer liberalen Wirtschaftspolitik	16	5,59
Kolokolzew, Wladimir	Innenminister, »silowik«	17	5,53
Matwienko, Valentina	Vorsitzende (Speaker) des Föderationsrates	18	5,37
Miller, Alexej	Vorstandsvorsitzender des Erdgaskonzerns Gazprom	19	5,35
Nabiullina, Elwira	Präsidentin der Zentralbank	20	5,29
Bortnikow, Alexander	Direktor des Inlandsgeheimdienstes FSB, »silowik«	21	5,26
Abramowitsch, Roman	Milliardär, Inhaber eines Finanzimperiums, zu dem u. a. Millhouse Capital gehört.	22	5,12
Gromow, Alexej	Erster Stellvertretender Leiter der Präsidialadministration	23	5,1
Deripaska, Oleg	Milliardär, u. a. Inhaber des Konzerns Basowyj element	24	5
Tschemesow, Sergej	Vorstandsvorsitzender des staatlichen Technologie- und Rüstungskonzern Rostekhnologii	25	4,97
Timtschenko, Gennadij	Milliardär, u. a. Mitinhaber des Erdölhandelsunternehmens Gunvor	26	4,93
Kostin, Andrej	Vorstandsvorsitzender der staatlichen Außenhandelsbank WTB (Wneschtorgbank)	27	4,92
Kowaltschuk, Jurij	Finanzier, u. a. Mitinhaber der Bank Rossii, wird gern als »Kremlbankier« und »Putins alter Freund« bezeichnet	28	4,9
Golodez, Olga	Stellvertretende Ministerpräsidentin, zuständig für Sozialpolitik	29	4,88
Morosow, Oleg	Leiter der innenpolitischen Abteilung in der Präsidialadministration	30	4,84
Artemew, Igor	Leiter des Föderalen Anti-Monopol-Dienstes	31	4,82
Belousow, Andrej	Berater der Präsidenten für Wirtschaftsfragen	32	4,81
Kosak, Dmitrij	Stellvertretender Ministerpräsident, u. a. zuständig für die Vorbereitungen für Sotschi-2014	33	4,8
Sjuganow, Gennadij	Vorsitzender der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation	34	4,79
Alekperow, Wagit	Präsident und Mitbesitzer des Mineralölkonzerns Lukoil	35	4,76
Prichodko, Sergej	Leiter des Regierungsapparats	36	4,75
Chloponin, Alexander	Stellvertretender Ministerpräsident, Bevollmächtigter des Präsidenten im Föderalbezirk Nordkaukasus	37	4,74
Gref, German	Präsident und Vorstandsvorsitzender der Sberbank, der größten staatlichen Bank	38	4,7
Tschajka, Jurij	Generalstaatsanwalt	39	4,68

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 2: Die 50 wichtigsten russischen Politiker im Jahre 2013 (»Nesawisimaja gaseta«) (Fortsetzung)

Name	Funktion	Rang	Punkte
Koshin, Wladimir	Leiter der Verwaltungsabteilung des Präsidenten	40	4,67
Ernst, Konstantin	Generaldirektor des Fernsehsenders »Erster Kanal«	41	4,65
Newerow, Sergej	Generalsekretär der Partei »Einiges Russland«	42	4,63
Jakunin, Wladimir	Leiter des Konzerns »Russische Eisenbahnen«	43	4,59
Usmanow, Alischer	Milliardär, reichster Mann Russlands, u. a. Inhaber von Metalloinvest	44	4,58
Uljukaew, Alexej	Minister für Wirtschaftsentwicklung	45	4,56
Brytschewa, Larisa	Leiterin der Abteilung für Staat und Recht in der Präsidentialadministration	46	4,55
Dobrodeew, Oleg	Vorsitzender der staatlichen Medienholding WGTRK (Allrussische Staatliche Fernseh- und Rundfunkgesellschaft)	47	4,53
Dmitriew, Wladimir	Vorsitzender der staatlichen Außenwirtschaftsbank Wneschekonombank	48	4,52
Surkow, Wladislaw	Gehilfe des Präsidenten mit Zuständigkeit für Abchasien und Südossetien; bis Mai 2013 Stellvertretender Ministerpräsident, galt vorher lange Zeit als »graue Eminenz« der Innenpolitik.	49	4,51
Skworzowa, Veronika	Gesundheitsministerin	50	4,46

Quelle: Orlow, Dmitrij: 100 weduschtschich politikow Rossii w 2013 godu, in: Nesawisimaja gaseta, 13. Januar 2014 <<http://www.ng.ru/ideas/2014-01-13/9top.html>>. Die Tageszeitung »Nesawisimaja gaseta« veröffentlicht monatlich ein Rating der 100 wichtigsten Politiker, die durch eine Expertenumfrage ermittelt werden. Hier werden die Inhaber der Plätze 1–50 aufgeführt.

Tabelle 3: Rating der russischen Elite 2013 (WZIOM)
Nennen Sie 10 Personen, die man der heutigen russischen Elite zurechnen kann

Name	Funktion	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Putin	Präsident der Russischen Föderation	67 %	67 %	71 %	58 %	64 %	66 %
Schojgu	Verteidigungsminister	11 %	15 %	13 %	2 %	30 %	43 %
Medwedew	Ministerpräsident	39 %	51 %	59 %	42 %	41 %	36 %
Pugatschowa	Sängerin	24 %	18 %	17 %	19 %	18 %	18 %
Shirinowskij	Vorsitzender der Liberaldemokratischen Partei LDPR	12 %	11 %	10 %	15 %	15 %	13 %
Prochorow	Milliardär, Vorsitzender der Partei Bürgerplattform	-	-	3 %	12 %	16 %	13 %
Sjuganow	Vorsitzender der Kommunistischen Partei Russlands	5 %	5 %	3 %	12 %	11 %	9 %
Lawrow	Außenminister	3 %	3 %	4 %	1 %	7 %	8 %
Patriarch Kirill	Patriarch von Moskau und der Ganzen Rus	1 %	15 %	10 %	9 %	8 %	8 %
Kirkorow	Sänger, Komponist, Musikproduzent	7 %	4 %	6 %	9 %	8 %	7 %
Michalkow	Schauspieler, Filmregisseur, Drehbuchautor und Filmproduzent	11 %	9 %	8 %	6 %	4 %	7 %
Galkin	Comedian, Moderator und Sänger	5 %	2 %	6 %	8 %	6 %	6 %
Kobson	Sänger (noch aus sowjetischer Zeit bekannt), Dumaabgeordneter	9 %	8 %	5 %	3 %	8 %	6 %
Matwienko	Vorsitzende (Speaker) des Föderationsrats	4 %	4 %	5 %	1 %	2 %	6 %
Sobjanin	Bürgermeister von Moskau	1 %	1 %	10 %	4 %	4 %	6 %
Malachow	Fernsehmoderator	3 %	5 %	8 %	10 %	11 %	5 %
Pljuschtschenko	Eiskunstläufer, Olympiasieger	3 %	1 %	3 %	2 %	5 %	5 %

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 3: Rating der russischen Elite 2013 (WZIOM)
Nennen Sie 10 Personen, die man der heutigen russischen Elite zurechnen kann (Fortsetzung)

Name	Funktion	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Alferow	Physiker, Nobelpreisträger	1 %	1 %	1 %	3 %	2 %	4 %
Mironow	Vorsitzender der Partei Gerechtes Russland	4 %	3 %	3 %	10 %	4 %	4 %
Rogosin	Stellvertretender Ministerpräsident, Vorsitzender der Militärisch-Industriellen Kommission, Vertreter nationalistischer Positionen	-	1 %	-	2 %	2 %	4 %
Baskow	Sänger, Fernsehmoderator	4 %	3 %	4 %	5 %	5 %	3 %
Bondartschuk	Filmregisseur, Drehbuchautor, Schauspieler, Produzent	1 %	1 %	2 %	1 %	1 %	3 %
Isinbajewa	Stabhochspringerin, Olympiasiegerin	1 %	2 %	-	-	1 %	3 %
Makarewitsch	Sänger, Komponist, Dichter	-	1 %	-	1 %	1 %	3 %
Posner	Journalist und Moderator	4 %	5 %	4 %	3 %	5 %	3 %
Sobtschak	Moderatorin, »It girl«, zeitweise Oppositionelle	3 %	3 %	5 %	4 %	4 %	3 %
Solowjow	Fernseh- und Radiomoderator, Publizist, Sänger	-	-	2 %	4 %	4 %	3 %
Chodorkowskij	ehemaliger »Oligarch«, 2003 verhaftet, Ende 2013 begnadigt	-	-	-	-	-	3 %
Roschal	Kinderarzt und Chirurg	5 %	3 %	2 %	6 %	2 %	2 %
Besrukow	Film- und Theaterschauspieler, seit 2008 Volkskünstler Russlands	1 %	3 %	2 %	5 %	2 %	2 %
Gasmanow	Sänger, Komponist, Dichter	-	-	-	-	1 %	2 %
Kabaewa	Olympiasiegerin in der Rhythmischen Sportgymnastik, Dumaabgeordnete (Einiges Russland)	-	-	2 %	1 %	1 %	2 %
Nawalnyj	Oppositionsaktivist, Blogger, Rechtsanwalt	-	-	-	1 %	1 %	2 %
Urgant	Fernsehmoderator	-	1 %	3 %	1 %	3 %	2 %
Chworostowskij	Opernsänger, Bariton	1 %	2 %	-	3 %	2 %	2 %
Andreewa	Fernsehmoderatorin des Programms Wremja, Erster Kanal	-	-	-	-	1 %	1 %
Arschawin	Fußballnationalspieler, Zenit St. Petersburg	5 %	6 %	4 %	2 %	2 %	1 %
Astachow	Rechtsanwalt, Fernsehmoderator, Präsidentenbeauftragter für die Rechte der Kinder	-	1 %	1 %	2 %	1 %	1 %
Babkina	Volkssängerin	-	-	-	-	1 %	1 %
Basilaschwili	Film- und Theaterschauspieler, seit 1984 Volkskünstler der UdSSR	-	-	-	-	-	1 %
Bilan	Popsänger	4 %	1 %	2 %	1 %	1 %	1 %
Breshnewa	Sängerin, Schauspielerin, 2003–7 Mitglied der Popgruppe VIA Gra	-	-	-	-	1 %	1 %
Walerija	Sängerin, Volkskünstlerin Russlands	0 %	1 %	2 %	1 %	1 %	1 %
Waluew	Boxer und ehemaliger Weltmeister der WBA im Schwergewicht, Dumaabgeordneter (Einiges Russland)	-	-	-	2 %	2 %	1 %
Wasiljewa	Ehemalige Leiterin der Immobilienabteilung des Verteidigungsministeriums, wegen Korruption angeklagt, unter Hausarrest	-	-	-	-	-	1 %

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 3: Rating der russischen Elite 2013 (WZIOM)

Nennen Sie 10 Personen, die man der heutigen russischen Elite zurechnen kann (Fortsetzung)

Name	Funktion	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Wolotschkowa	Ehemalige Ballerina des Bolschoj-Ballets, Medienpersönlichkeit	1 %	1 %	-	1 %	1 %	1 %
Woltschek	Regisseurin, Schauspielerin, Schauspiellehrerin, seit 1989 Volkskünstlerin der UdSSR	-	-	-	-	-	1 %
Worobjew	Sänger, Schauspieler	-	-	-	-	-	1 %
Gordejew	Sänger, Solist der Gruppe Mango-Mango	-	-	-	-	-	1 %
Gusejewa	Schauspielerin, Fernsehmoderatorin, 1994 Verdiente Künstlerin der Russischen Föderation	-	-	-	2 %	2 %	1 %

Quelle: Umfragen des WZIOM, zuletzt am 21. und 22. Dezember 2013, veröffentlicht am 17. Januar 2014 unter: <<http://wciom.ru/index.php?id=459&cuid=114678>>; aufgeführt sind die ersten 50 Personen im Rating

NOTIZEN AUS MOSKAU

Putin und der Obskurantismus – Russlands neues Sendungsbewusstsein

Jens Siegert, Moskau

Wichtigstes Unterscheidungsmerkmal zwischen der Sowjetunion und dem Putinschen Russland war bis vor kurzem die weitgehende Freiheit der Menschen, sich ihr Leben einzurichten, wie sie wollen. Diese Freiheit, die Freiheit zu denken, was man will, und zu sagen, was man denkt, zu reisen wohin man will, zurückzukehren wann man will, zu leben, mit wem man will, zu lieben, wen man will, zu arbeiten wo man will (alles im Rahmen der gegebenen sozialen und ökonomischen Möglichkeiten selbstverständlich), war zudem Teil des oft beschriebenen (wenn auch ungeschriebenen) »Gesellschaftsvertrags« der 2000er Jahre. Ihm zufolge bestimmt Putin die Politik und kontrolliert die wichtigsten wirtschaftlichen Ressourcen. Dafür sorgt er aber für wachsenden Wohlstand für möglichst viele, mischt sich nicht in das Privatleben der Menschen ein und kümmert sich nicht darum, was sie meinen und glauben.

Den letzten Teil dieses »Gesellschaftsvertrags« hat Putin einst sogar öffentlich erklärt. In seiner ersten Rede zur »Lage der Nation« vor beiden Parlamentskammern im Juli 2000 erklärte er, er sei »gegen die Wiedereinführung einer offiziellen Ideologie in Russland in welcher Form auch immer.« Es gab zwar seither immer mal wieder Momente der Versuchung, vor allem wenn es um Fragen der jüngeren Geschichte ging, irgendetwas vorzuschreiben oder zu verbieten. Aber im Großen und Ganzen hat sich Putin an dieses Versprechen gehalten.

Wahrscheinlich hat er tatsächlich geglaubt, dass es (auch oder vor allem für ihn) besser so ist. Denn nur in dieser Kombination ließen sich die beiden wesentlichen Teile seiner Machtbasis zusammen halten: Auf der einen Seite die sogenannten »Gosudarstwenniki« (von Gosudarstwo – Staat), also diejenigen, für die die Interessen des Staates immer zuerst kommen und sich die Individuen zu fügen haben (und denen Putin selbst weltanschaulich und biographisch ganz offensichtlich zuneigt). Sie stehen für das »Auferstehen des russischen Staates von den Knien«, für eine selbstbewusstere Politik dem Westen gegenüber, für das kompromisslose Vorgehen im zweiten Tschetschenienkrieg und auch für die schrittweise immer stärkere auch formale Einschränkung (staats-)bürgerlicher Beteiligungsrechte.

Auf der anderen Seite stützt sich Putin auf eine markliberale Elite, reich und einflussreich geworden oft schon in den 1990er Jahren. Ihre (in der Tendenz) markliberale Wirtschaftspolitik sollte Russlands Wohlstand mehren, es wieder groß machen und, nicht ganz unwichtig, über die wirtschaftlichen Erfolge Putin Legitimation für seine Herrschaft und damit seine Macht sichern. Außerdem diente sie immer wieder als Gegengewicht zu den »Gosudarstwenniki«. Das hat, bis etwa zum Ende des Jahrzehnts, auch ganz gut geklappt. Eine Mehrheit der Menschen in Russland war mit dem Ergebnis jedenfalls insgesamt zufrieden.

Dann kam die Wirtschaftskrise. Die Zuversicht in eine rosige Zukunft im Land ließ kräftig nach. Der Modernisierungsdiskurs unter Interimspräsident Medwedjew brachte noch einmal ein wenig Hoffnung und Luft. Doch als Medwedjew im September 2011 verkündete, Putin käme wieder, war diese Luft schnell raus. Es folgte ein zu diesem Zeitpunkt von niemandem für möglich gehaltener Protestwinter und in den Kreml zog wohl wirklich die Angst ein, es könne bald vorbei sein mit dem Herrschen.

Der Wechsel vom ideologisch neutralen, oder besser: nur ausgewählt und instrumentell ideologischen Staat zu einem, der ideologische Gefolgschaft, zumindest aber Zurückhaltung bei Dissens fordert, zeigte sich anfangs in einem Begriffswechsel. Statt Präsident eines ganzen, eines »einigen« Russlands beanspruchte Putin ab Frühjahr 2012 (also ab dem Höhepunkt der Proteste), die Politik einer »überwältigenden Mehrheit« zu vertreten.

Die Umriss dieser Politik zeichneten sich auch schnell ab. Man kann sie, ganz praktisch, an den repressiven Maßnahmen gegen die aufbegehrende Opposition ablesen. Die politische Klasse führte sich, übertragen auf westliche Gesellschaften, auf wie rechtskonservative, religiöse Eiferer, nahe am oder schon über die Grenze zum Obskurantismus. Hervorstechendste Beispiele sind die Anti-Homosexuellengesetze, das sogenannte Dima-Jakowlew-Gesetz zum Verbot der Adoption russischer Kinder durch US-Bürger, das Gesetz zum »Schutz religiöser Gefühle« oder die immer hysterischer werdende öffentliche Diskussion um angebliche Fälschungen der Geschichte, insbesondere der des Zweiten Weltkriegs. Zusammen genommen kommt eine Art Antithese der als »westlich« geschmähten Moderne zusammen.

Zu Anfang sah diese Entwicklung wie ein neuerlicher, eher taktischer Schwenk aus, gedacht vor allem zur Herrschaftssicherung. Kaum jemand glaubte, das alles könne wirklich ernst gemeint sein. Ist doch der gesamte Lebensstil der, ich fürchte diese Wortwahl nicht, herrschenden politischen Klasse in Russland (und umso mehr der wirtschaftlichen Eliten) vollständig verwestlicht, inklusive Familie und Vermögen im Westen.

Doch mit der Zeit verdichtete sich dieses etwas krude Gemisch aus Bedrohungsgefühl, Ressentiments gegen Fremdes und Menschliches, neureligiösem Eifer und geopolitischer Weltsicht zu einer Art Ideologie, noch keiner sehr konsistenten, aber durchaus brauchbaren. Es lässt es sich im Inneren famos gegen die Opposition und im Äußeren gegen den Westen einsetzen.

Ausformuliert hat Wladimir Putin dieses Ideologiesubstrat erstmals im September vorigen Jahres bei einer halbstündigen Rede vor dem sogenannten Waldaj-Club (die in Teilen ausgerechnet auf der dubiosen Katholiken-Website »Kreuz.net« begeistert auf Deutsch wieder ge-

ben wurde). Kurz zusammen gefasst kommt Folgendes dabei heraus: Der Westen (besonders »Europa«, womit immer die EU gemeint ist) ist von seinem christlich-abendländischen Weg abgekommen und zu einem Hort des Niedergangs, der Sünde und, aus Putins Sicht wahrscheinlich am Schlimmsten, der Schwäche verkommen (es grüßt aus dem Grab der in Russland sehr populäre Oswald Spengler). Paradebeispiel dafür ist aus Putins Sicht der angebliche Aufstieg von Schwulen allüberall, der geradezu zu einer Diskriminierung von Anhängern traditioneller Sexualformen geführt habe.

Daraus ergibt sich für Russland eine neue (im Grunde aber alte) Mission: Die Rettung des (christlichen) Abendlandes (auch wenn es das nicht verdient). Diese Mission führt dann zu interessanten neuen Verbündeten im Westen. Unlängst wurde Marine Le Pen in Moskau wie eine Regierungschefin im Wartestand empfangen. Es gab Treffen mit Vizepremierminister Dmitrij Rogosin und dem Dumavorsitzenden Sergej Naryschkin. Man fand viele inhaltliche Gemeinsamkeiten. Jelena Misulina, Dumaabgeordnete und Hauptagitorin für die Antihomosexuellengesetze, war Ende November vorigen Jahres in Leipzig begeistert aufgenommene Gastrednerin auf einer u. a. von Thilo Sarrazin organisierten Konferenz der deutschen Polit-Obskurantenszene. Und auch mit religiösen Fundamentalisten aus den USA vom Schlag des mitunter als »paläo-konservativ« bezeichneten Pat Buchanan gibt es regen und freundlichen Kontakt.

Im Grunde passiert damit nicht viel Neues. Es war Hauptbeschäftigung der Sowjetunion, nicht der Westen, der Anti-Westen oder der bessere Westen zu sein. Genauer scheint mir aber ein Vergleich mit dem späten Zarenreich zu passen. Dort haben liberale Männer, wie seit etwa 1890 Finanzminister Sergej Witte, und sehr konservative Männer, wie im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts Ministerpräsident Pjotr Stolypin (auf den sich Putin immer wieder mit deutlicher Verehrung bezieht) versucht, das Land mittels der Macht der zaristischen Autokratie in eine Art Modernisierungsdiktatur umzuwandeln. Dieses Vorgehen war schon eine Reaktion auf die sozialen und politischen Verwerfungen, denen Russland (wie vor ihm die USA und die west- und mitteleuropäischen Ländern auch) beim Übergang zu einem Agrar- zu einem Industrieland ausgesetzt war.

Diese autokratisch gesteuerte und kontrollierte Modernisierung war auch durchaus erfolgreich. Aber die Basis des Regimes war eine vormoderne agrarische Elite mit einem andernorts damals schon sehr aus der Mode gekommenen Weltbild (um es vorsichtig auszudrücken). Dieser Elite war zwar am Machterhalt des Zaren gelegen, aber die wirtschaftliche Zeit ging über sie hinweg und damit auch über ihren Herrscher. Etwas

Ähnliches droht nun Putin. Der neoideologische Kurs ebenso wie der Inhalt der Ideologie schrecken genau diejenigen Menschen ab, die jungen, die (gut aus-)gebildeten, die mobilen, die unternehmenden, die eine Modernisierung Russlands heute tragen könnten. Das ist also ein Kurs, der Putin vielleicht ein paar zusätzliche Jahre die Macht sichert (vielleicht aber auch nicht). Das Land

insgesamt könnte dabei aber erneut unter die Räder kommen. Vor hundert Jahren ging es nach Witte und Stolypin jedenfalls für lange Zeit nicht gut aus.

Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <<http://russland.boellblog.org/>>.

AUS RUSSISCHEN BLOGS

Euromaidan

Ukrainischer Traum

Arkadij Babschenko, russischer Militärjournalist, hat zwei Wochen im Protestlager im Zentrum von Kiew verbracht. Der Kreml-Kritiker erörtert den Ursprung des aktuellen Protests, die Ziele und Forderungen der Ukrainer und vergleicht dabei die Entwicklungen des Euromaidan mit der Bolotnaja-Bewegung 2011 und 2012 in Moskau: »Der jetzige Maidan ähnelt überhaupt nicht dem von vor neun Jahren. Damals war das eine rein politische Geschichte. Alles war organisiert, es gab einen Anführer, es gab Berater, unter anderem externe, es gab Geld und politische Spiele. Hier jetzt kam alles von unten. Vom Boden. Das ist ein prinzipieller Unterschied, Es ist keine Geschichte von Politik, sondern von Freiheit. Von der Wahl des Entwicklungsvektors des Landes.«

Die meisten Ukrainer seien weniger aufgrund der Nicht-Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens zur Östlichen Partnerschaft mit der EU auf die Straße gegangen, sondern wegen allgemeiner Unzufriedenheit mit der Politik Janukowytschs, den Missständen im Lande und der allgegenwärtigen Korruption. Die Unzufriedenheit der Ukrainer sei seit Jahren gewachsen, habe nun eine kritische Masse erreicht und sei schließlich explodiert. »Wir haben einfach die Nase voll« laute das Motto des Euromaidan.

Diese Form des Protests hätte laut Babschenko in Russland keine Aussichten:

»Für einen Maidan braucht man eine Gesellschaft. Und gerade die fehlt in unserem atomisierten Land, das kaum ein Land ist, eher ein Territorium, das von Menschen besiedelt ist, die dieselbe Sprache sprechen, aber darüber hinaus durch nichts miteinander vereint sind.«

»Nachdenken über den Maidan« von Arkadij Babschenko, 26. Dezember 2013 <<http://www.echo.msk.ru/blog/ababchenko/1225971-echo/>>

Zum ukrainischen Freiheitsgeist und russischen Gehorsam

Die Wirtschaftsexpertin Tatjana Sucharewa ist, wie viele andere Liberale aus der russischen Blogosphäre, von den Erfolgen der Ukrainer auf dem Euromaidan fasziniert und befasst sich mit der Frage, warum so ähnliche Nationen wie die Russen und die Ukrainer, unterschiedliche Chancen im Straßenprotest gegen den Unrechtsstaat haben. Beide Völker verfügten über gemeinsame Wurzeln, haben eine Geschichte, eine Religion und ähnliche Sprachen. Nach der Wahlfälschung 2004 und der Abkehr von dem Integrationsprojekt mit der Europäischen Union 2013 hätten es ukrainische Bürger durch Massendemonstrationen vermocht, die Politik im Lande direkt zu beeinflussen. Die Russen aber ließen dem Staat jede Übertretung durchgehen: »Die russische Duldsamkeit ist längst schon lexikonreif. In Russland erdulden alle alles: Die Frauen erdulden die unverhohlene Einstellung zu ihnen als dem »zweitrangigen Geschlecht«, die Schläge und Beleidigungen der Männer, die Verhöhnungen in den Geburtshäusern und Beratungsstellen, die Diskriminierungen am Arbeitsplatz. Die Unternehmer dulden die Einführung neuer und Erhöhung bestehender Steuern. Die Arbeitnehmer dulden die erbärmlichen Löhne, die dann auch noch verzögert ausgezahlt werden. Und wir alle dulden die Willkür der Bürokraten, Richter und Polizisten.«

»Über russische Duldsamkeit oder: warum Russland nicht die Ukraine ist« von Tatjana Sucharewa, 20. Januar 2014 <http://www.echo.msk.ru/blog/t_suhareva/1241544-echo/>

Ukrainisches Exempel der Furchtlosigkeit

Die bekannte russische Schauspielerin Lija Achedschakowa war ständige Teilnehmerin bei den Massenprotesten gegen Wahlfälschungen 2011 und 2012 in Russland. Das war die Zeit, als Intelligenzija, Mittelschicht, Geschäftsleute und Studenten zum ersten Mal in ihrem Leben massenhaft auf die Straße gingen, um gegen das Regime Putin zu protestieren: »Zwei Jahre sind vergangen, wir sind erheblich weniger zahlreich, nur noch ein Bruchteil, und wir haben nichts gelernt. Wenn einige wenige Tausend auf die Straße gehen, dann kann man die sehr leicht in den Griff kriegen und derart bestrafen, dass die ganze Bevölkerung es aus Angst gefesselt ist. Ich schaue auf das, was in der Ukraine vor sich geht, wo in Kiew eine Million auf der Straße ist, und empfinde riesige Hochachtung für das ukrainische Volk. Ich bin schwarz vor Neid auf die Ukrainer. Es ist klar, dass die Europäische Union ihnen keinen Wohlstand entgegenbringt, doch wollen sie keine Schlinge um den Hals, keinen großen Bruder. Die Ukrainer haben uns eine Lehre in Bürgerengagement und Furchtlosigkeit erteilt.«

»Die Ukraine geben uns eine Lehrstunde der Furchtlosigkeit« von Lija Achedschakowa, 9. Dezember 2013 <<http://www.snob.ru/profile/25949/blog/69075>>

»Russland hat Ukraine 15 Milliarden Dollar auf Kosten der Amerikaner geschenkt«

»Der Plan des Westens zur Versklavung der Ukraine war recht simpel: a) die ukrainische Eliten bis in die Wurzeln kaufen, b) die Ukraine in ein totales Wirtschaftsloch führen, und c) die Ukraine als Kolonie unterwerfen«, schreibt der kreuflnahe Internet-Propagandist Oleg Makarenko, besser bekannt als fritz_morgen. Der Top-Blogger erklärt in seinem Beitrag bei Echo Moskwj Verschwörungspläne der »europäisch-amerikanischen Kolonisatoren« sowie den Sinn und Zweck des Weihnachtsgeschenks von Präsident Putin an Janukowytsch in Höhe von 15 Milliarden Dollar. »Diese mickrige Summe« – gerade 3% der russischen Devisenreserven – habe ausgereicht, um die Ukraine vom Westen »in die richtige Richtung« umzulenken. Der Kreml habe dabei Gelder in ukrainische sogenannte souveräne Bonds investiert, die unter Schutz der britischen Justiz stehen und somit als sicher gelten könnten. Außerdem seien diese Gelder nach Angaben von Makarenko nicht dem Rettungsfonds entnommen, durch den Verkauf von US-Anleihen freigemacht worden

»Warum hat Russland der Ukraine 15 Milliarden Dollar geschenkt?« von Oleg Makarenko, 25. Dezember 2014, <http://www.echo.msk.ru/blog/fritz_morgen/1225195-echo/>

Die zwei Seiten der Barrikaden vom Euromaidan

Der bekannte Fotograf Ilja Warlamow berichtet über seine Erfahrungen nach Besuch von Euromaidan und Gesprächen mit den Demonstranten und Truppen der Sondereinheit »Berkut« in Kiew. Anhand von atemberaubenden Bildern und exklusiven Interviews stellt der Blogger den Alltag der zwei kämpfenden Seiten dar, das Versorgungs- und Sicherheitssystem des Protestlagers, Besonderheiten der Pressearbeit von Berkut, die Einstellung der Straßenkämpfer und Polizisten zu Janukowytsch und den Anführern der Opposition.

»Revolution in Kiev, Ukraine«, 27. Januar 2014 (Englisch), <<http://zyalt.livejournal.com/984735.html>>

»Kalte ukrainische Nacht«, 24. Januar 2014 (Russisch), <<http://zyalt.livejournal.com/984246.html>>

»The other side of Maidan«, 27. Januar 2014 (Englisch), <<http://zyalt.livejournal.com/985632.html>>

»Maidan in den Augen von Berkut«, 25. Januar (Russisch), <<http://zyalt.livejournal.com/984379.html>>

Ausgewählt und zusammengefasst von Sergey Medvedev, Berlin
(Die Blogs, auf die verwiesen wird, sind, sofern nicht anders angegeben, in russischer Sprache)

CHRONIK

15. – 30. Januar 2014

15.01.2014	Bei einer Spezialoperation der Sicherheitskräfte werden im Rayon Chasawjurt (Dagestan) drei Soldaten der Sondereinheit OMON und vier Untergrundkämpfer getötet. Acht Personen, darunter fünf Soldaten, werden verletzt. Einer der Kämpfer soll Drahtzieher des Anschlags in Pjatigorsk vom 27. Dezember 2013 gewesen sein.
15.01.2014	Präsident Wladimir Putin nimmt das Rücktrittsgesuch von Gouverneur Michail Jurewitsch (Gebiet Tscheljabinsk) entgegen. Die Amtsgeschäfte soll kommissarisch Boris Dubrowskij führen, Generaldirektor des Metallurgischen Kombinats in Magnitogorsk.
15.01.2014	Präsident Wladimir Putin leitet in seiner Residenz eine Sitzung der Regierung mit zusätzlichen Gästen. Im Zentrum der Erörterungen stehen die Reaktion auf die Terroranschläge in Wolgograd und die Bewältigung der Folgen des Hochwassers in Fernost. Putin kündigt an, solche »erweiterten Regierungssitzungen« alle zwei Wochen zu aktuellen Themen durchführen zu wollen.
15.01.2014	Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier beruft den bisherigen Botschafter in Warschau, Rüdiger Freiherr von Fritsch-Seerhausen, von 2004 – 2007 Vizepräsident des Bundesnachrichtendienstes, zum Botschafter in Moskau.
16.01.2014	Auf einer Regierungssitzung wird der Vorbereitungsstand zur Winterolympiade in Sotschi analysiert. 309 von 352 olympischen Objekten sind in Betrieb genommen, alle Wettkampfbereiche vorbereitet. Die staatlichen Investitionen belaufen sich auf 214 Mrd. Rubel (ca. 4,7 Mrd. €), davon 99 Mrd. Rubel (ca. € 2,2 Mrd.) aus Haushaltsmitteln. Eine Überprüfung des Rechnungshofes und der Russischen Behörde für die Finanzaufsicht hätte keine ineffiziente Mittelverwendung festgestellt.
16.01.2014	Präsident Wladimir Putin empfängt im Kreml die Autoren des neuen »lehr-methodischen Komplexes zur russischen Geschichte«. Putin unterstreicht die Notwendigkeit einer einheitlichen Konzeption des Geschichtsunterrichts. Kritik an der sowjetischen Okkupation Osteuropas nach dem zweiten Weltkrieg bezeichnet Putin als »ideologischen Müll«. Zentrales Ziel sei es, Achtung der eigenen Geschichte und die Liebe zu Russland zu fördern.
16.01.2014	Wladimir Putin trifft mit dem iranischen Außenminister Mohammad Javad Zarif zusammen, der zuvor von Außenminister Sergej Lawrow empfangen worden war. Im Zentrum stehen das iranische Atomprogramm, die Wirtschaftsbeziehungen sowie die Situation und Regulierung der Syrienkrise.
16.01.2014	Ein Moskauer Bezirksgericht verlängert die Untersuchungshaft gegen den ehemaligen Chef von »Uralkali«, Wladislaw Baumgertner, bis Mitte April. Baumgertner war in Belarus wegen Amtsmissbrauch festgenommen und dann nach Russland ausgeliefert worden.
17.01.2014	Ein Moskauer Bezirksgericht stellt das Strafverfahren gegen Fjodor Bachow, einen Angeklagten im »Bolotnaja-Fall«, auf Grundlage des Amnestiegesetzes ein. Am Vortag wurde unter gleicher Begründung das Verfahren gegen Dmitrij Altajschinow eingestellt.
17.01.2014	Präsident Wladimir Putin unterzeichnet eine Anweisung zur staatlichen Unterstützung von Nichtregierungsorganisationen. 2014 werden hierfür 2,7 Mrd. Rubel (ca. 60 Mio. €) aus dem Föderalhaushalt zur Verfügung gestellt. NGOs können sich in zwei Wettbewerben um Subventionen bewerben.
17.01.2014	Wladimir Putin trifft in Sotschi mit Freiwilligen zusammen, die an der Vorbereitung und Durchführung der Olympischen Winterspiele und der Paralympics mitarbeiten werden. Insgesamt werden 25.000 Freiwillige, ein Drittel des Olympiapersonals, alle russischen Regionen und 60 Staaten vertreten.
17.01.2014	Vor einem Restaurant in Machatschkala (Dagestan) detonieren zwei Sprengsätze. 14 Personen, darunter zwei Polizisten, werden verletzt. Es wird berichtet, dass das Restaurant keine Schutzgelder an kriminelle Strukturen bezahlen wollte.
18.01.2014	Bei einer Anti-Terror Operation der Sicherheitskräfte in Machatschkala (Dagestan) werden sieben Untergrundkämpfer getötet. Bei Kampfhandlungen im Rayon Sergokalinsk wird ein weiterer Aufständischer getötet.
19.01.2014	Präsident Wladimir Putin gibt in- und ausländischen Medienvertretern ein Interview. Im Zentrum des Gesprächs stehen die Sicherheit während der Olympischen Winterspiele und das Abschneiden der russischen Wintersportler. Er erklärt, dass es bei den Olympiavorbereitungen nicht zu Korruption in großem Ausmaß gekommen sei. Das Amnestiegesetz sei im Übrigen kein Versuch gewesen, das Image Russlands vor der Olympiade aufzubessern.
19.01.2014	Im Moskauer Stadtzentrum nehmen ca. 400 Personen an einer genehmigten Demonstration in Erinnerung an den Anwalt Stanislaw Markelow und die Journalistin Anastasija Baburowa teil. Die beiden waren vor fünf Jahren auf offener Straße von Rechtsextremisten erschossen worden.
20.01.2014	Die Moskauer Polizei erfährt von einer Zusammenkunft von »Dieben im Gesetz«, Führungspersonen des organisierten Verbrechens, bei der es um Aufteilung der Einflussphären geht. Sie nimmt 50 Personen fest.
20.01.2014	Das Moskauer Bürgermeisteramt lehnt die Zulassung einer »Strategie-31« Demonstration am 31. Januar auf dem Triumfalnaja-Platz ab.

20.01.2014	Bei einer Anti-Terror-Operation der Sicherheitskräfte in einem Vorort von Machatschkala (Dagestan) werden drei mutmaßliche Untergrundkämpfer getötet
21.01.2014	Anatolij Lysenko, Generaldirektor des »Öffentlichen Fernsehen Russlands« (ORT), einem Projekt aus der Präsidenten-Amtszeit Dmitrij Medwedews zur Gründung eines unabhängigen Fernsehsenders, gibt bekannt, dass aus Finanzgründen in den kommenden zwei Monaten die Hälfte des Personals entlassen werden müsse.
21.01.2014	Generalleutnant Anatolij Sidorow, Befehlshaber der Streitkräfte im westlichen Militärbezirk, gibt bekannt, dass im Laufe des Jahres eine Raketenbrigade im westlichen Militärbezirk durch eine Brigade der taktischen Kurzstreckenraketen »Iskander-M« ersetzt wird.
21.01.2014	Präsident Wladimir Putin empfängt den Moskauer Bürgermeister Sergej Sobjanin. Das Gespräch berührt Fragen der Gesundheitsfürsorge und der Transportinfrastruktur in Moskau.
22.01.2014	Die Moskauer Stadtduma, verabschiedet in drei Lesungen eine Änderung des Wahlrechts. Das gemischte Wahlsystem zur Wahl der Stadtduma wird in ein reines Mehrheitswahlsystem geändert. Im September 2014 stehen Neuwahlen an.
22.01.2014	Die Staatsanwaltschaft fordert im »Bolotnaja-Verfahren« gegen acht Angeklagte Haftstrafen zwischen fünf und sechs Jahren. Ihre Teilnahme an Massenunruhen am 6. Mai 2012 in Moskau, am Vortag der Vereidigung Wladimir Putins, gilt als erwiesen.
22.01.2014	Bei einer Methangasexplosion im Bergwerk »Dsershinskij« im Kusbass (Gebiet Kemerowo) kommen zwei Bergleute ums Leben.
22.01.2014	Das russische Justizministerium lehnt die Registrierung von Aleksej Nawalnyjs Partei »Volksallianz« ab. Angeblich sind die Dokumente ungenau ausgefüllt. Ferner überschneide sich der Parteinamen mit der einer bestehenden Partei.
22.01.2014	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew gibt dem Fernsehsender CNN ein Interview. Zentrale Themen sind die bevorstehende Olympiade, die Regulierung des Syrienkonflikts und die Situation der russischen Wirtschaft.
23.01.2014	Das Präsidium des Obersten Gerichts Russlands reduziert die Haftstrafe von Platon Lebedew, des Ex-Vorsitzenden der »Menatep«-Bank und Geschäftspartners von Michail Chodorkowskij, und erklärt seine Inhaftierung von 2004–2005 für rechtswidrig. Lebedew kann daher aus der Haft entlassen werden. Die Feststellung einer Steuerschuld in Höhe von 17 Mrd. Rubel (ca. 360 Mio. €) wird aufrechterhalten.
23.01.2014	Präsident Wladimir Putin trifft mit Vertretern von russischen Menschenrechtsgruppen zusammen. Die Amtszeit des Menschenrechtsbeauftragten des Präsidenten, Wladimir Lukin, endet im Februar. Putin spricht sich für die Kandidatur von Ella Pamfilowa als Nachfolgerin Lukins aus.
23.01.2014	Präsident Putin empfängt seinen palästinensischen Amtskollegen Mahmud Abbas in seiner Residenz. Das Gespräch behandelt die Lage in Nahost, die russisch-palästinensischen Beziehungen und die Situation in Palästina. Im Anschluss an das Gespräch mit Putin erörtert Abbas mit Ministerpräsident Dmitrij Medwedew Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.
23.01.2014	DHL stellt die Lieferung von Sendungen aus dem Ausland an Privatkunden nach Russland ein. Das Unternehmen reagiert damit auf verschärfte Bestimmungen des Föderalen Zolldienstes (FTS). Zuvor hatten bereits andere Unternehmen, darunter DPD, FedEx, UPS und TNT, Express-Zustellungen nach Russland eingestellt.
24.01.2014	Die russische Staatsduma verabschiedet in zweiter und dritter Lesung ein Gesetz, dass die technischen und juristischen Details der neu gegründeten Militärpolizei regelt. Diese wird – anders als bisher vorgesehen – keine Befugnisse erhalten, Ermittlungen einzuleiten. Dieses Recht haben der Inlandsgeheimdienst, das Strafermittlungskomitees, das Innenministerium und die Drogenpolizei FSKN.
24.01.2014	Platon Lebedew verlässt die Strafkolonie bei Welsk im Gebiet Archangelsk in Richtung Moskau.
24.01.2014	Edward Snowden, der lange im Kontext des US-Geheimdienstes NSA gearbeitet hat und nun als »Whistleblower« über dessen Arbeit informiert, gibt aus russischem Asyl eine Online-Pressekonferenz. Auf der Seite < http://www.freesnowden.is > sind Fragen wie Antworten einsehbar.
24.01.2014	Präsident Wladimir Putin bestellt die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates Russlands zu einer operativen Sitzung in seine Residenz. Im Zentrum steht die Situation in der Ukraine, die Lage in Syrien und die »Genf-2«-Gespräche sowie die Olympischen Winterspiele in Sotschi.
24.– 25.01.2014	Vor der Kurileninsel Kunaschir (Gebiet Sachalin) kentert ein Schlauchboot mit zehn Grenzschützern des Inlandsgeheimdienstes und der staatlichen Seeinspektion an Bord. Vier Männer werden tot geborgen, sechs Personen werden vermisst.
25.01.2014	Auf einem außerplanmäßigen Parteitag in Moskau schließt sich die »Allianz der Grünen« mit der »Partei der freien Bürger«, den »Sozial-Demokraten Russlands«, unter Vorsitz des ehemaligen Duma-Abgeordneten Gennadij Gudkow, sowie den Parteien »Freiheit und Gerechtigkeit« und »Kolokol« (Glocke) zu einer gemeinsamen Partei zusammen.

26.01.2014	Edward Snowden gibt dem NDR-Journalisten Hubert Seipel ein erstes Fernsehinterview. Das Interview, das Wochen zuvor entstanden ist, wird am Abend in der ARD ausgestrahlt. Snowden beschuldigt die USA u. a. der Industriespionage, er selbst arbeite nicht mit den russischen Sicherheitsbehörden zusammen.
27.01.2014	Präsident Wladimir Putin nimmt an Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag der Befreiung Leningrads (heute St. Petersburg) von der Blockade durch Nazi-Deutschland teil. Die deutsche Wehrmacht hatte Leningrad fast 900 Tage lang belagert und die Bevölkerung ausgehungert.
27.01.2014	Aus der Geschworenenjury im Mordfall der Journalistin Anna Politkowskaja treten fünf Personen zurück. Den 12 Geschworenen bleiben somit nur noch 7 Reservekandidaten. Mitte November 2013 wurde die vorherige Geschworenenjury aufgelöst und neu besetzt. Politkowskaja war im Oktober 2006 erschossen worden.
27.01.2014	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew teilt auf einem Treffen mit seinen Stellvertretern mit, dass die Sicherheitsvorkehrungen an Orten großer Menschenansammlung, wichtiger Objekte und Infrastruktur verschärft werden. Eine behördenübergreifende Kommission koordiniert das Programm »Sichere Stadt« in vielen Städten und Regionen.
28.01.2014	Patriarch Kirill ruft die russische Staatsmacht dazu auf, Versuche zu unterbinden, gleichgeschlechtliche Partnerschaften in Russland zu legalisieren. Die orthodoxe Kirche stehe bereit, staatliche wie gesellschaftliche Institutionen bei der Stärkung traditioneller moralischer Werte zu unterstützen.
28.01.2014	Der russische Außenminister Sergej Lawrow trifft in Brüssel mit NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen zusammen. Das Gespräch behandelt internationale Fragen, die Zusammenarbeit mit der NATO, unter anderem bei der Zerstörung syrischer Chemiewaffen in Kooperation mit UN und OPCW.
28.01.2014	Jurij Pripatschkin, Präsident des russischen Kabelfernsehverbands, schlägt die Abschaltung des kritischen TV-Sender »Doshd« vor. Anlass ist eine Umfrage des Senders, bei der gefragt wurde, ob Leningrad unter der Blockade nicht hätte aufgegeben werden sollen um hunderttausend Menschen zu retten.
28.01.2014	EU-Russland Gipfel in Brüssel, der von Seiten der EU auf einen Tag verkürzt wurde und in informellem Rahmen stattfindet. Im Zentrum der Gespräche mit Präsident Wladimir Putin steht die Situation in der Ukraine. Russland und Europa verabschieden einen gemeinsamen Plan zur Zusammenarbeit bei der Terrorbekämpfung.
29.01.2014	Der Föderalen Zolldienst (FTS) nimmt mehrere neue Regelungen für Express-Sendungen nach Russland zurück und ermöglicht die Online-Registrierung für Paketsendungen. Eine Woche zuvor hatten sämtliche Paketdienstleister Privatsendungen nach Russland eingestellt.
29.01.2014	Der russische Föderationsrat verabschiedet eine Erklärung zur Situation in der Ukraine in der »Unverständnis und Empörung über die Äußerungen einiger westlicher Politiker, die sich rücksichtslos in die inneren Angelegenheiten der Ukraine einmischten und eine Destabilisierung der Situation im Lande bewusst provozierten« geäußert wird.
29.01.2014	Präsident Wladimir Putin führt eine Sitzung des erweiterten Kabinetts in seiner Residenz durch. Im Zentrum der Erörterungen stehen die Weiterentwicklung der Gesetzgebung zu Grund und Boden, der Wohnungsbau, Soziale Fragen sowie die Zusammenarbeit mit der Ukraine in finanz- und energiewirtschaftlichen Fragen.
30.01.2014	Das Nationale Antiterrorkomitee gibt bekannt, dass die Identität der Attentäter von Wolgograd festgestellt worden ist. Es sollen sich um zwei Angehörige der »Bujnakske Terrorgruppe« namens Asker Samedow und Sulejman Magomedow handeln.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Russland-Analysen werden von der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung und von Mangold Consulting GmbH unterstützt.



Alfred Krupp von Bohlen
und Halbach Stiftung

MANGOLD
Consulting

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur: Hans-Henning Schröder

Recherche, Übersetzungen und Sprachredaktion: Christoph Laug, Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2014 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Twitter

[<https://twitter.com/laenderanalysen>](https://twitter.com/laenderanalysen)